



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Raumentwicklung ARE
Office fédéral du développement territorial ARE
Ufficio federale dello sviluppo territoriale ARE
Uffizi federal da svilup dal territori ARE



Soziale Aspekte der nachhaltigen Entwicklung

Grundlagen für die
Nachhaltigkeitsbeurteilung
von Projekten

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Autorinnen und Autoren

Evelyn Lobsiger-Kägi, Erich Renner, Markus Kunz, Jonas Fricker,
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW,
School of Engineering, Winterthur – In Zusammenarbeit mit Prof.
Christian Suter, Institut für Soziologie, Universität Neuenburg

Projektsteuerung

Anne Du Pasquier, ARE (Projektleitung)
Peter Knoepfel, idheap
Marc Münster, sanu future learning ag

Arbeitsgruppe «Soziale Aspekte» (Untergruppe der nationalen Erfahrungsaustauschgruppe NHB)

Beat Amsler, *Gemeinde Köniz* – Elodie Antony, *Schweizerische
Stiftung des internationalen Sozialdienstes (SSI)* – Frédéric
Barman, *ARE* – Marius Christen, *Lokale Agenda 21, Kanton SO* –
Catherine Favre Kruit, *Gesundheitsförderung Schweiz* – Peter
Gautschi, *Kanton BS* – Gaël Gillabert, *Kanton VD* – Carmen
Günther, *Stadt Winterthur* – Catherine Heinzer, *Kanton BS* –
René Longet, *Berater Nachhaltige Entwicklung* – Géraldine Luisier
Rurangirwa, *Bundesamt für Sozialversicherungen BSV* – Gaëtan
Morel, *Stadt Genf* – Régis Niederoest, *Association ecoquartier* –
Irene Roth, *Kanton BE* – Lavinia Sommaruga Bodeo, *Alliance
Sud, Kanton TI* – Nicole Wirz Schneider, *Kanton BS* –
in Zusammenarbeit mit Stefanie Pfändler, *ARE*

Grafische Gestaltung

Notter + Vigne

Foto

Joël Tettamanti

Produktion

Kommunikation ARE, Ruedi Menzi

Zitierweise

Bundesamt für Raumentwicklung ARE, 2014
Soziale Aspekte der nachhaltigen Entwicklung.
Grundlagen für die Nachhaltigkeitsbeurteilung von Projekten

Bestellung

www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr 812.055.d

In elektronischer Form unter

www.are.admin.ch/nhblokal
Auch auf Französisch erhältlich
08.14/600/auf FSC-Papier gedruckt

**Soziale Aspekte
der nachhaltigen Entwicklung**
Grundlagen für die
Nachhaltigkeitsbeurteilung
von Projekten

Vorwort

Seit rund 15 Jahren unterziehen zahlreiche Kantone und Gemeinden ihre Tätigkeiten, Programme und Strategien einer sogenannten Nachhaltigkeitsbeurteilung (NHB), um sicherzustellen, dass ihre Vorhaben den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung entsprechen. Es wurde eine Vielzahl von Instrumenten entwickelt, die die Analyse der Projekte erleichtern und als Entscheidungshilfe dienen sollen. Gleichzeitig wurde die Praxis der NHB perfektioniert und professionalisiert, dies unter anderem mit dem Ziel, die NHB institutionell stärker zu verankern.

Um die Gemeinwesen in ihren Bemühungen zu unterstützen, richtete das ARE im Jahr 2005 eine Arbeitsgruppe ein, die sich hauptsächlich aus Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und Städte zusammensetzte. Die Tätigkeit dieser Gruppe erlaubte es, die Verfahren zu optimieren und die technischen Grundlagen zu verbessern. Die Arbeitsgruppe entwickelte sich zu einer nationalen Erfahrungsaustauschgruppe weiter. Dieser gelang es, anhand von Beispielen aus der Praxis verschiedene Aspekte wie die Kommunikation der Beurteilungsergebnisse, den räumlichen Rahmen oder die Definition der Referenzgrössen zu präzisieren. Im Rahmen des Erfahrungsaustauschs wurden Erfolge und Schwierigkeiten erörtert und Verbesserungsvorschläge formuliert.

Dabei wurde aber auch deutlich, dass die sozialen Kriterien noch ausbaufähig waren. Das ARE nahm dies als Anlass, die gesellschaftlichen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung zu vertiefen. Dazu wurde eine spezifische Arbeitsgruppe eingesetzt, die durch Nutzerinnen und Nutzer der NHB und durch Expertinnen und Experten insbesondere aus dem sozialen Bereich begleitet wurde. Das Ziel lautete, ein überprüftes, argumentativ untermauertes und von den sozialen Akteuren akzeptiertes Set von Kriterien auszuarbeiten. Zunächst wurden die verschiedenen verfügbaren sozialen Kriterien zusammengetragen. Als Quellen dienten die Strategie Nachhaltige Entwicklung des Bundes, die bereits vorhandenen Instrumente, die MONET-Indikatoren und der Cercle Indicateurs. Die so erhobenen Kriterien wurden auf ihre Vollständigkeit und auf Doppelspurigkeiten hin überprüft, so dass letztlich nur die Aussagekräftigsten und Repräsentativsten zurückbehalten werden konnten.

Als konzeptionelle Grundlage diente das Kapitalstockmodell, wobei nur die Sozial- und Humankapitalien betrachtet wurden. Dieses Modell wurde mit Erkenntnissen aus der Praxis kombiniert. Die vorliegende Publikation erläutert 7 Ressourcen und 14 Ressourcenkomponenten, die im Zuge dieser Arbeiten identifiziert wurden. Ein gesonderter Kapitel ist der Projektgouvernanz gewidmet. Es handelt sich dabei um eine erste Etappe im Prozess zur Validierung der sozialen Kriterien, der stets auch der Praxis der Nachhaltigkeitsbeurteilung Rechnung tragen muss. Dennoch eignen sich die hier vorgestellten Überlegungen als Basis für eine breitere Verwendung, sei es für vertiefende Überlegungen auf Bundesebene, für die Konzeptualisierung öffentlicher Politiken oder als allgemeine Bezugsgrössen für die soziale Dimension. Die Konkretisierung der gesellschaftlichen Dimension der Nachhaltigkeit ist damit keineswegs abgeschlossen, sondern muss weitergeführt und verfeinert werden. Zahlreiche Fragen sind noch offen, insbesondere im Zusammenhang mit der Gouvernanz. Nichtsdestotrotz gilt es nun, die bisher erarbeiteten Grundlagen zu kommunizieren und anzuwenden.

Diese Publikation richtet sich an Spezialisten für Nachhaltigkeitsbeurteilungen und an Fachleute aus der Praxis, aber auch an Nachhaltigkeitsverantwortliche sowie an alle Personen, die sich mit der Konkretisierung der sozialen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung auseinandersetzen. In einem weiteren Schritt soll auch die wirtschaftliche Dimension der nachhaltigen Entwicklung unter die Lupe genommen und im selben Masse konsolidiert werden wie die umweltbezogenen und gesellschaftlichen Aspekte. Damit ist gewährleistet, dass die NHB auf eine fundierte wissenschaftliche Basis gestellt wird.

Anne DuPasquier

Stv. Sektionschefin Nachhaltige Entwicklung
Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangslage	9
2. Ziel, Aufbau und Nutzung des Dokuments	10
3. Grundlagen und Begriffe	13
4. Vorgehen und Methode	17
5. Ressourcen und Ressourcenkomponenten	18
Ressource 1: Institutionen	19
Ressource 2: Kultur	22
Ressource 3: soziale Kohäsion	25
Ressource 4: Bevölkerung	30
Ressource 5: Bildung	31
Ressource 6: Arbeit	33
Ressource 7: Gesundheit	34
6. Projektgovernanz-Kriterien	40
7. Perspektiven	42
8. Literatur	43
Anhang	48

1. Ausgangslage

In der Schweiz bestehen mehrere Instrumente zur Nachhaltigkeitsbeurteilung von Projekten, die auf lokaler Ebene (Gemeinden und Kantone) immer häufiger zum Einsatz kommen (ARE 2012a). In der Regel ist die Bewertung der ökologischen Kriterien dabei recht ausgereift, während die wirtschaftlichen und sozialen Kriterien noch ausbaufähig scheinen. Ende 2011 hat das Bundesamt für Raumentwicklung ARE im Rahmen einer nationalen Erfahrungsaustauschgruppe zur Nachhaltigkeitsbeurteilung (NHB) von Projekten auf lokaler Ebene eine wissenschaftlich begleitete Arbeitsgruppe «Soziale Aspekte» eingesetzt, die sich eingehender mit den sozialen beziehungsweise gesellschaftlichen Aspekten der nachhaltigen Entwicklung beschäftigte und den vorliegenden Bericht erarbeitete.

2. Ziel, Aufbau und Nutzung des Dokuments

Dieser Bericht beinhaltet wissenschaftlich und normativ abgestützte Grundlagen, um die gesellschaftlichen Aspekte der Nachhaltigkeit in Projekten zu beurteilen. Ausserdem beschreibt er eine Checkliste von Gouvernanzkriterien, welche für eine nachhaltige Projektführung besonders wichtig sind. Sowohl der Katalog der Beurteilungsbereiche als auch die Checkliste dienen als wissenschaftliche Basis für die Entwicklung von Nachhaltigkeitsbeurteilungs-Instrumenten sowie sekundär für die Erarbeitung von Nachhaltigkeitsstrategien und -prozessen.

Dieser Bericht ist als ein weiterer Schritt der Fundierung und der Konkretisierung der gesellschaftlichen Dimension der Nachhaltigkeit zu verstehen. Es wird noch einiges an Arbeit und Forschung nötig sein, bis die soziale Aspekte ähnlich konkret und zielorientiert beurteilt werden können wie die Dimension Umwelt.

Zielpublikum des Berichts

Zielpublikum des Berichts sind Nachhaltigkeits-ExpertInnen, WissenschaftlerInnen und Sozialfachleute in Gemeinden, Kantonen oder auf Bundesebene, aber auch in Unternehmen. Insbesondere richtet sich der Bericht an diejenigen Fachpersonen, welche künftige Praxistools für die Nachhaltigkeitsbeurteilung ausarbeiten oder weiterentwickeln.

Aufbau des Berichts

Die Struktur des Dokuments leitet sich aus folgenden Prinzipien ab (wichtige Grundbegriffe und die Formen der Kapitalien werden in Kapitel 3 definiert):

- Als Orientierung dient das Kapitalstockmodell mit vier Formen von Kapitalien, wie sie von der Weltbank beschrieben wurden (World Bank 1997).¹ Dieses Modell dient als Denkstruktur und muss in den weitergehenden Arbeiten nicht zwingend expliziert werden.
- In diesem Bericht wird der gesellschaftliche Bereich in Form von Ressourcen² des Human- und Sozialkapitals beschrieben. Er beschränkt sich streng auf Ressourcen dieser beiden Formen; Objekte anderer Formen von Kapitalien (z. B. «öffentliche Räume und Einrichtungen» aus dem Bereich Realkapital), welche unbestritten einen grossen Einfluss auf die Ressourcen des Sozial-/Humankapitals haben, werden nicht beschrieben. Allenfalls können sie jedoch als Indikatoren einfließen, da Sozialkapital und Humankapital oft nur indirekt messbar sind. So ist zum Beispiel der «Ausbaustandard von behindertengerechter Infrastruktur» ein Indikator für die Ressource «Chancengleichheit» oder «soziale Unterstützung». Das heisst, die Beurteilung dieser Ressourcen des Sozialkapitals soll nur im Rahmen eines Instrumentes erfolgen, das auch das (hier nicht behandelte) Natur- und Realkapital umfasst.
- Das Weltbank-Modell unterscheidet zwischen dem Human- und dem Sozialkapital (entsprechend der individuellen und der kollektiven Ebene). Im vorliegenden Bericht werden die Ressourcen aber nicht mehr explizit dem Human- oder Sozialkapital zugeordnet, da es bei vielen Ressourcen sowohl individuelle wie auch kollektive Ressourcenkomponenten gibt. Eine Zuordnung nehmen wir aber in den Erläuterungstexten zu den Beurteilungsbereichen vor. Damit wird die Verknüpfung zum Kapitalstock-Modell wiederhergestellt.
- Die oft als Ressource des Sozialkapitals (Institutionen) behandelte Projektgouvernanz wird in Kapitel 6 gesondert behandelt. Die Projektgouvernanz hat die Steuerung der Projekt(durch)führung zum Gegenstand. Der Grund dafür liegt darin, dass Gouvernanz nicht nur zur Steuerung des Sozialkapitals dient, sondern auch für die Ressourcen des Natur- und Realkapitals nötig ist, weshalb ihr ein ausgesprochen transversaler und übergeordneter Stellenwert zukommt. Die klassische Nachhaltigkeitsbeurteilung (NHB) (Wirkungsanalyse)³ bezieht sich auf die Auswirkungen eines Projektes auf die Ressourcen des Real-, Natur-, Sozial- und Humankapitals. Demgegenüber befasst sich die Projektgouvernanz mit dem mehr oder weniger partizipativen Prozess der Beurteilung dieser Auswirkungen

und der darauf aufbauenden Regulierung heutiger und künftiger (heute noch nicht bekannter) Auswirkungen eines Projektes auf die genutzten Ressourcen im Sinne von heute und künftig notwendigen Konfliktlösungen.

In Kapitel 3 werden die Grundlagen des Kapitalstockmodells der nachhaltigen Entwicklung erläutert. Anschliessend werden in Kapitel 4 die Erarbeitungsmethode der Beurteilungsbereiche der gesellschaftlichen Dimension sowie der Projektgouvernanz-Kriterien dargelegt. Danach werden Ressourcen, Ressourcenkomponenten und Beurteilungsbereiche des Sozial- und Humankapitals sowie wissenschaftliche und gesetzgeberische Grundlagen dargelegt (Kapitel 5). Eine tabellarische Übersicht der Beurteilungsbereiche findet sich im Anhang. Schliesslich wird in Kapitel 6 eine Checkliste zur Beurteilung der Projektgouvernanz vorgestellt (Anhang 2).

Abgrenzung

Explizit nicht behandelt wird die Frage, wie eine Nachhaltigkeitsbeurteilung (NHB) durchgeführt werden sollte, damit sie die erwünschte Wirkung hat.⁴ Eine «gute Projektdurchführung» gemäss den Projektgouvernanz-Kriterien (Kapitel 6) unterstützt aber die Ziele einer Nachhaltigkeitsbeurteilung.

Nutzung des Berichts

Der vorliegende Bericht ist eine Grundlagenarbeit. Er kann, wie erwähnt, nicht direkt für eine NHB von Projekten, Plänen oder Strategien verwendet werden. Dazu fehlen insbesondere:

- detaillierte Indikatorensets (in diesem Bericht wird auf der Ebene der Ressourcen und der Ressourcenkomponenten gearbeitet; Indikatoren werden hier nur als Beispiele und Anregungen erwähnt und wurden nicht konsolidiert).
- notwendige Tools (Tabellen, Software, Checklisten, usw.);
- Überlegungen zur Definition der Systemgrenzen (im Rahmen einer konkreten NHB) und hier speziell Überlegungen zur Skalierbarkeit der Analyse bei unterschiedlichen NHB-Objekten;
- Überlegungen zur Datenerhebung und Auswertung;
- die Definition von Phasen (Zuständen), welche als Referenzgrössen in einer NHB beurteilt werden;
- Vorgehensbeschriebe über die Durchführung einer NHB.

Insbesondere wird in diesem Bericht nur das Human- und Sozialkapital bearbeitet, das als Teil eines grösseren Systems («Kapitalstock») aufgefasst wird, welches auch das Naturkapital und das Realkapital beinhaltet. Ein Instrument zur Nachhaltigkeitsbeurteilung darf sich in keinem Fall nur auf die in dieser Arbeit vorgestellten Ressourcen und Ressourcenkomponenten beschränken.

Um also ein konkretes Instrument zu er- oder überarbeiten, müssen zuerst folgende Aspekte geklärt werden: Systemgrenzen, Projektgrössen, Art der Projekte und Datenverfügbarkeit im betroffenen Gebiet (Kanton, Gemeinde, Region, Quartier, usw.).

- 1 Vgl. auch Ekins, P. (1992) und Ekins, P. et al. (2008). Es gibt neben dem Kapitalstockmodell noch viele weitere theoretische Fundierungen der Nachhaltigkeit, die wir hier nicht explizit erwähnen. Der Fokus dieses Berichts liegt jedoch auf der Grundlagenerarbeitung für NHB-Instrumente und nicht auf normativen Nachhaltigkeitstheorien. Dafür erachten wir das Kapitalstockmodell als eine geeignete Grundlage.
- 2 Zum Ressourcenbegriff siehe Kapitel 3.
- 3 Definition Wirkungsanalyse aus Bundesamt für Raumentwicklung ARE (2007): Wirkungsanalyse: Hier wird eine Liste von positiven und negativen Wirkungen eines Projekts erstellt; auf dieser Grundlage können Vorschläge gemacht werden, um Projektschwächen aus Sicht der Nachhaltigen Entwicklung zu korrigieren und Stärken zu maximieren.
- 4 Zu diesem Thema liegen bereits verschiedene Publikationen des ARE vor, zum Beispiel ARE (2007).

Anschliessend kann ein spezifisches Indikatorenset zur Wirkungsanalyse und zur Projektgovernanz erarbeitet und in einem entsprechenden Tool umgesetzt werden. Ausserdem muss ein Vorgehen zur gesamten NHB definiert werden. Speziell ist bei dieser Umsetzungsarbeit die Frage zu beantworten, inwiefern die Vorgehensweise in einer NHB von der ökologischen (Naturkapital) und der ökonomischen Dimension (Realkapital) auf die in diesem Bericht bearbeitete gesellschaftliche Ebene (Human- und Sozialkapital) übertragbar ist.⁵ Die Projektgovernanz-Kriterien in Kapitel 6 liefern dazu einige Hinweise, insbesondere zur partizipativen Erarbeitung von Daten oder zur Entscheidungsfindung hinsichtlich Bewertungsmaassstäben und -prozessen.

Die konzeptionelle Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung bildet für diesen Bericht das Kapitalstockmodell gemäss der Weltbank-Definition⁶ mit den vier Kapitalien Natur-, Human-, Sozial- und Realkapital. Grundsätzlich wird dabei der Kapitalstock als eine raumzeitlich definierte Menge von Ressourcen verstanden, deren Bestand und Erneuerung für eine nachhaltige Entwicklung wichtig sind. Mit dem Fokus auf Kapitalien, in die man investieren kann und welche einen Wert für zukünftige Entwicklungen haben («assets», interpretiert als gesamtgesellschaftliche Vermögenswerte), wird der Anspruch der nachhaltigen Entwicklung auf ein langfristiges, intergenerationelles Denken und Management unserer Ressourcen eingelöst.⁷ Das Konzept erlaubt auch Antworten auf die für die nachhaltige Entwicklung zentrale Frage, wie diese Ressourcen genutzt oder verteilt werden.

Um das Konzept der nachhaltigen Entwicklung besser integrieren zu können, werden die Ausprägungen – man kann auch sagen: Inhalte oder Bestandteile – der Kapitalien als Ressourcen betrachtet. Diesbezüglich geht das vorgestellte Modell über das Kapitalstockmodell der Weltbank hinaus (Knoepfel et al. 2011). Jede Ressource (vgl. Tabelle 1 mit den vier Formen der Kapitalien) hat die Fähigkeit, kollektiv bedeutsame Güter und/oder Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Dieser Produktionsprozess wird durch politisch-administratives oder marktmässiges Einwirken auf die Hauptnutzer gesteuert.

Damit lassen sich die Bedingungen untersuchen, unter denen sich die Kapitalien verändern. Unter Zuhilfenahme gesellschaftlich akzeptierter Bewertungsmaassstäbe sollte es gar möglich sein, Mindestbestände von Ressourcen oder Grenzwerte für den maximal zulässigen Ressourcenabbau festzulegen. Ebenfalls ist es möglich, bei Konkurrenzsituationen zwischen den verschiedenen Entnahmen (homogener oder heterogener Art), die aus einer Ressource getätigt werden, regulierend einzugreifen. Auf diese Weise werden wie bei den natürlichen Ressourcen institutionelle Regeln geschaffen, die eine Regelung des Gebrauchs durch die Nutzer erlauben, sodass eine nachhaltige Entwicklung aller Ressourcen gewährleistet wird. Darüber hinaus hat das Vier-Kapitalien-Modell den Vorteil, dass sich die Kapitalien und deren Ressourcen theoretisch nicht überlappen, wie dies beim Drei-Dimensionen-Modell der Fall ist. Ausserdem postuliert das Modell, dass die Selbsterneuerungskraft jeder Ressource erhalten bleiben muss.

Das Modell der vier Kapitalien ist ein Ansatz zur Konzeptualisierung von nachhaltiger Entwicklung, welcher sich noch nicht so breit etabliert hat wie das Drei-Dimensionen-Modell. In der Schweiz wurde das Modell allerdings schon in der ersten Strategie Nachhaltige Entwicklung erwähnt. In jüngerer Zeit gab es jedoch auch in Europa vermehrte Bemühungen, diese Denkstruktur zu konkretisieren und auch anzuwenden. Der EU diene das «Vier-Kapitalien-Modell» als Grundlage für ihr Regionalentwicklungsprojekt SRD TOOLS (Sustainable Regional Development Tools) (Ekins et al. 2008 und GHK 2002), mit welchem die Wirkung der EU-Strukturfonds analysiert wurde. Auch Norwegen verwendet für sein Modell der nachhaltigen Entwicklung den Kapitalien-Ansatz (Moe 2007). Die OECD anerkennt ebenfalls die Bedeutung von Human- und Sozialkapital für die Schaffung von Wohlfahrt (OECD 2001) und verwendet das Konzept der vier Kapitalien beispielsweise für den Statusbericht über Lebensqualität in den verschiedenen Ländern (OECD 2013). Auch die Weltbank bekennt sich, in Bezugnahme auf Serageldin und Steer (1994), zu einem umfassenden Kapitalstockmodell, welches das Realkapital, das Naturkapital und das Humankapital beinhaltet, wobei das Sozialkapital als Teil des Humankapitals angesehen wird (World Bank 1997).

6 *Sustainable development is a process of managing a portfolio of assets to preserve and enhance the opportunities people face* (World Bank 1997).

7 Für weitergehende Überlegungen zur Operationalisierung von nachhaltiger Entwicklung mit dem Kapitalstock-Ansatz siehe UNECE (2009).

Die vier Kapitalien und die Grundbegriffe dieses Berichts werden im Folgenden, basierend auf Quellen des Bundes sowie weiterer wissenschaftlicher Literatur, kurz erläutert. Die Beschreibungen wurden von der Arbeitsgruppe «Soziale Aspekte» und von den AutorInnen neu überarbeitet und an das schweizerische Umfeld angepasst. Das gilt insbesondere dort, wo der wissenschaftliche Diskurs noch jung und die theoretischen Konzepte noch nicht gefestigt sind.

Die vier Kapitalien

Die nachfolgenden Beschreibungen der verschiedenen Kapitalien basieren auf dem Verständnis von Ekins et al. (2008) und sind mit zusätzlichen Quellen versehen.

Sozialkapital beinhaltet soziale Kontakte, zwischenmenschliche Beziehungen, Verbindungen und Netzwerke zwischen Einzelpersonen und Gruppen (Bourdieu 1983; Putnam 2000) sowie Institutionen⁸ im Sinne von Regelwerken, Werten und Normen innerhalb einer bestimmten Gruppe beziehungsweise Gesellschaft (Coleman 1988). Dies sind auch die tradierten, oft informellen Übereinkünfte in einer Gesellschaft, die zum Beispiel darauf abzielen, einen Ausgleich unter den Generationen zu schaffen (Generationenvertrag), Kranke auf Kosten der Allgemeinheit zu betreuen (Gesundheitswesen) oder gemeinsam den Lebensraum zu schützen und zu verteidigen (Militär und Polizeiwesen). Sozialkapital beinhaltet – qualitativ gesehen – Vertrauen, Gegenseitigkeit und Kooperationsbereitschaft. Die daraus resultierenden Vorteile für das Individuum sind zum Beispiel physische und psychische Gesundheit, Wohlbefinden, Anerkennung, ein hohes Sicherheitsempfinden und ökonomische Vorteile (Putnam 2000). Der Gesellschaft verhilft Sozialkapital zu wirtschaftlichem Gedeihen, zu demokratischen Lebensformen, zu bürgerlichem Engagement und zur Integration von verschiedenartigen Gruppen. Wirtschaftlich gesehen bewirkt Sozialkapital durch formelle und informelle Standards eine Senkung der Transaktionskosten bei der Abwicklung der Geschäftstätigkeiten (Lin 1999). Das Sozialkapital genießt eine Sonderstellung unter den vier Kapitalien, da es im Konsens über die Werte und Normen auch bestimmt, wie mit den Ressourcen der anderen Kapitalien in der Gesellschaft umgegangen wird. Werte und Normen bestimmen, wofür bestimmte Ressourcen eingesetzt werden, welche Ressourcen aufgebaut und wie sie verteilt werden sollen. Diese Aspekte sind oft in der Projektgouvernanz enthalten (Knoepfel 2013); die Beurteilung der Projektgouvernanz beschränkt sich jedoch auf Entscheidungsprozesse, während sich die Beurteilung von Stand und Entwicklung des Sozialkapitals immer auf die Entwicklung der substantziellen Grössen einer raumzeitlich begrenzten gesellschaftlichen Einheit bezieht.

Humankapital ist das einer Person inhärente Potenzial, welches zum individuellen Wohlbefinden beiträgt sowie eine Teilhabe am sozialen Leben und an der Wirtschaft ermöglicht (UNECE 2009). Zum Humankapital zählen damit die physische und psychische Gesundheit, die Motivation, die Sozialkompetenz, die Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie das Wissen einer Person (Birri 2011). Humankapital kann allgemeiner Form sein oder unternehmens- und industriespezifisch. Während allgemeines Humankapital nicht an einen bestimmten Kontext gebunden ist – wie beispielsweise die Fähigkeit zu lernen, verschiedene Sprachen zu beherrschen oder Menschen zu führen –, bezeichnet spezifisches Humankapital Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen, die nur innerhalb der jeweiligen Organisation beziehungsweise Industrie nützlich sind. Beispiele hierfür sind Kenntnisse im Umgang mit organisationspezifischen Systemen wie Software, Maschinen oder der Organisationsstruktur.

Als **Naturkapital** werden die natürlichen Ressourcen, ihr materielles Angebot sowie ihre Dienstleistungen bezeichnet (OECD, o.J.). Naturkapital zeigt sich zum Beispiel in der Artenvielfalt oder fliesst als Rohstoff in den Produktionsprozess ein, so etwa in Form von Holz, Wasser, Rohöl usw. Andererseits generieren natürliche Prozesse Leistungen wie die Herstellung von Sauerstoff, den Abbau von Schadstoffen oder den Schutz vor UV-Strahlung. Naturkapital fliesst also nicht nur indirekt über den Verarbeitungsprozess im Markt zu den KonsumentInnen, sondern stiftet mit seinen Dienstleistungen auch direkten Nutzen. Der emotionale Wert, der das Betrachten einer schönen Naturlandschaft hat, ist ein weiteres Beispiel dafür.

Realkapital ist vom Menschen geschaffenes Kapital. Dies sind Produktionsmittel wie Maschinen, Gebäude und Infrastrukturen oder Organisationsformen respektive Organisationen, aber auch Endprodukte in Form von Gütern und Dienstleistungen (UNECE 2009). Bereitgestellt wird Realkapital von Unternehmen, Haushalten, Non-Profit-Organisationen oder vom Staat. Realkapitalien als Produktionsmittel kommen beim Produktionsprozess zum Einsatz, verbrauchen sich aber nicht durch denselben, abgesehen von deren Abnutzung. Im Gegensatz dazu können aber auch Zwischengüter (z. B. Stahlrohre) als vorübergehendes Realkapital bezeichnet werden. Finanzielle Mittel werden hier ebenfalls zum Realkapital gezählt, obwohl sie nur eine Option auf Kapitalien sind. Da sie im direkten Einsatz nur in Realkapital getauscht werden können, werden sie dem Realkapital zugeordnet.⁹

Knoepfel (2011) erarbeitete einen Vorschlag für die Ressourcen der vier Kapitalien (siehe Tabelle 1). Dieser diente als Ausgangslage für die vorliegende Studie.

Naturkapital		Realkapital	
1	Umgebungsluft und Atmosphäre (Klima*)	1	Infrastrukturen (Transport/Energie, Wasser, Abfälle, Telekommunikation)
2	Lebendige Natur (Flora und Fauna)	2	Öffentliche Finanzen (Fähigkeit zur Eigenfinanzierung von Gebietskörperschaften)
3	Gewässer	3	Produktives Kapital/Privatwirtschaft (Reinvestitionsrate usw.)
4	Böden (einschliesslich Feststoffe und Abfälle)	4	Bestände Wohnbau (Stand und Reinvestitionsraten)
5	Energie*	5	Bestand dokumentierten Wissens
6	Landschaft*		* Sekundäre Ressourcen
Humankapital (individuell)		Sozialkapital (kollektiv)	
1	Gesundheit (körperlich und geistig)	1	Gleichberechtigter Zugang zu Gütern und Dienstleistungen der Ressourcen einer Gesellschaft
2	Anzahl der natürlichen Personen (Geburts- und Sterberate usw.)	2	Kulturelle Ressourcen
3	Beschäftigung	3	Funktionsfähige Institutionen
4	Ausbildung, Know-how und Kompetenzen	4	Berufliche Netzwerke
		5	Soziales Gefüge

Tabelle 1
Ressourcen der vier Kapitalien
(Quelle: Knoepfel 2011)

8 Als Institution (lat. institutio, «Einrichtung, Erziehung, Anleitung») wird ein mit Handlungsrechten, Handlungspflichten oder normativer Geltung ausgestattetes Regelsystem bezeichnet, das soziales Verhalten und Handeln von Individuen, Gruppen und Gemeinschaften in einer Weise regelt, dass es für andere Interaktionsteilnehmer vorhersehbar oder zumindest erwartbar ist (Definition angelehnt an Hillmann 2007). Grundmerkmale von Institutionen sind ihre Aussenhaftigkeit (sie werden vom Individuum als äussere Wirklichkeit erfahren und existieren unabhängig vom Individuum, häufig bereits vor dessen Geburt), ihr Zwangscharakter (sie erzwingen ein bestimmtes Verhalten), ihre moralische Autorität (sie definieren gutes und schlechtes Verhalten) und ihre Geschichtlichkeit beziehungsweise Veränderbarkeit (vgl. Berger und Berger 1978, S. 55ff). Siehe auch die Beschreibung der Ressource 1 in Kapitel 5.

9 Damit Finanzkapital diesen Zweck erfüllen kann, muss es durch das Sozialkapital «Vertrauen» gestützt sein. Es braucht diese Dimension, damit die Besitzer von Finanzmitteln Gewähr haben, dass Geld als Gegenleistung für den Einsatz von Humankapital (Arbeit, Wissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten) oder zum Erwerb von Natur- (Wasser, Wald etc.) oder Realkapital (Güter, Dienstleistungen) vom Veräusserer auch akzeptiert wird.

- **Kapitalstock:** Der Kapitalstock ist die Gesamtheit der Kapitalien und deren Ressourcen, die einer Gesellschaft (in einer bestimmten Region bzw. an einem bestimmten Standort) zugänglich sind.
- **Kapitalien:** Es werden vier Kapitalien unterschieden: Naturkapital, Sozialkapital, Humankapital, Realkapital. Die vier Kapitalien stellen analytische Grössen dar und sind nicht immer reale Entitäten.
- **Ressourcen:** Ressourcen sind die konkreten Bestandteile der vier Kapitalien. Ressourcen bringen verschiedene Güter und Dienstleistungen hervor (Gerber et al. 2009); sie werden in weiterem Sinne zur Bedürfnisbefriedigung und zur Schaffung von Wohlfahrt eingesetzt (Brunner et al. 2010). Die Verfügbarkeit von Ressourcen hängt von der Grösse des Vorrats sowie von der Reproduktionsrate ab. Beide können durch Technologie und Institutionen beeinflusst werden (Gerber et al. 2009). Nicht bei allen Ressourcen nimmt deren Vorrat ab, wenn sie genutzt werden. Der Ressourcenansatz hat den Vorteil, dass man die Bedingungen untersuchen kann, unter denen sich jede einzelne Ressource erneuert, was per definitionem eine unabdingbare Voraussetzung für ihre nachhaltige Entwicklung ist (ARE 2012b).
- **Ressourcenkomponenten:** Ressourcenkomponenten sind die weitere Konkretisierungsstufe der Ressourcen einer Gesellschaft. Es handelt sich dabei gewissermassen um Dienstleistungen, welche von einer Ressource der Gesellschaft gegenüber erbracht werden.
- **Prinzipien:** Prinzipien (vgl. MONET-Prinzipien, früher «Postulate» genannt) basieren auf den grundlegenden Werten und Zielen der (Schweizer) Gesellschaft (insbesondere jenen, die in der Bundesverfassung verankert sind) und geben Anhaltspunkte, die uns erlauben, die Entwicklung und Veränderung einer Ressourcenkomponente beziehungsweise eines Indikators zu beurteilen und zu bewerten.
- **Beurteilungsbereiche:** Bewertungselement, mit dem sich bestimmen lässt, ob eine Ressourcenkomponente einer bestimmten Bedingung entspricht oder nicht. In diesem Dokument wird eine Liste mit einer beschränkten Anzahl von Beurteilungsbereichen vorgeschlagen, die in allen Beurteilungen zur nachhaltigen Entwicklung verwendet werden können. Projekte sind (etwa in einer NHB) dahingehend zu analysieren, wie sie diese verschiedenen Beurteilungsbereiche beeinflussen. Hauptfrage dabei ist: *Hat das Projekt eine positive oder eine negative (oder gar keine) Wirkung auf den Beurteilungsbereich?*
- **Indikatoren:** Die Beurteilungsbereiche können mittels Indikatoren beschrieben und bewertet werden. Indikatoren sind statistische Kennziffern für komplexe und in der Regel nur indirekt messbare Sachverhalte. Sie erlauben uns, soziale, ökologische und wirtschaftliche Verhältnisse und Entwicklungstendenzen zu beurteilen und zu bewerten (vgl. Suter et al. 2000). Sie können auf quantitativen oder semi-quantitativen Daten beruhen.

Wie bereits vorgängig angedeutet, kann man sich bei der Erarbeitung von Grundlagen im gesellschaftlichen Bereich der NHB nicht auf einen breiten theoretischen Konsens abstützen. Es existieren zahlreiche Vorschläge für Beurteilungsbereiche, -kriterien und -indikatoren, die auf verschiedenen theoretischen Grundlagen beruhen.¹⁰ Da es sich im vorliegenden Fall um Grundlagen für einen nationalen NHB-Prozess handelt, stützt sich die Arbeit nicht nur auf diverse nationale und internationale Publikationen ab, sondern auch auf einen längeren Arbeitsprozess innerhalb der Gruppe «Soziale Aspekte» des ARE. Methodisch kann hier von einer Validierung auf diskursiver und empirischer Basis gesprochen werden, wobei die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe (VertreterInnen aus Kantonen und Gemeinden aus allen Landesteilen) eine angemessen breite Abstützung ermöglichte.

Die Definition der Ressourcen sowie der zugeordneten Ressourcenkomponenten und Beurteilungsbereiche des Sozial- und Humankapitals erfolgte in einem iterativen Gruppenprozess. Es wurden sämtliche Aspekte des gesellschaftlichen Bereichs aus verschiedenen Quellen untersucht und dabei diejenigen berücksichtigt, die relevant und präzise genug erschienen, um als Kriterien für ein Projekt herangezogen werden zu können. Dies geschah in mehreren Priorisierungsschritten. Es wird aber kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Die Auswahl der Ressourcen ist wissenschaftlich gesicherter als jene der Ressourcenkomponenten, für die in der Literatur eine breite Auswahl zur Verfügung steht.

Es wurden Zustände und zum Teil auch Aktionsbereiche als Beurteilungsbereiche gewählt. Als Indikatoren für diese Beurteilungsbereiche müssen oft Indikatoren auf der Massnahmenebene beigezogen werden, da Sozialkapital per se schwierig zu messen ist (World Bank 2001). Ausserdem werden auch semiquantitative Indikatoren vorgeschlagen. Die Indikatoren dienen allerdings nur der Illustration der Beurteilungsbereiche, denn Indikatoren müssen, je nach Untersuchungsobjekt, Systemgrenzen, Datenverfügbarkeit oder gesellschaftlichen Entwicklungen immer wieder unterschiedlich definiert werden (vgl. Kapitel 2).

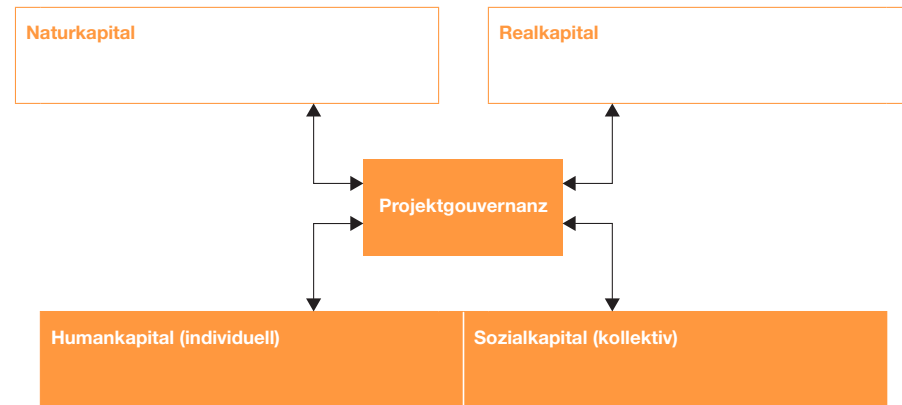
Es stellte sich schliesslich die Frage nach der Behandlung der **Projektgouvernanz**. Bei der Mehrheit der Instrumente und in der Literatur wird dieses Thema im Rahmen des Sozialkapitals behandelt. Die Arbeitsgruppe wählte aber einen anderen Ansatz, indem die Gouvernanz als Metaebene und damit in einem eigenen Kapitel aufgeführt wird; sie stellt gewissermassen den Mechanismus dar, mit dem Interaktion und Nutzung der unterschiedlichen Ressourcen aller Kapitalien gelenkt werden (vgl. dazu ausführlicher Kapitel 6).

10 Vgl. ARE (2011) und siehe im Literaturverzeichnis die Liste der bestehenden NHB-Tools/-Konzepte, welche miteinbezogen wurden.

5. Ressourcen und Ressourcenkomponenten

Einbettung im Vier-Kapitalien-Modell

Der vorliegende Bericht behandelt nur das Sozial- und Humankapital des ganzen Vier-Kapitalien-Modells. Es handelt sich dabei um eine Fokussierung, die in der folgenden Abbildung schematisch dargestellt wird:



Figur 1
Sozial- und Humankapital
im Rahmen des
Vier-Kapitalien-Modells

Diese vier Kapitalien stehen in enger Korrelation zueinander, und in der Praxis der NHB darf natürlich kein Instrument nur das hier beschriebene Sozial- und Humankapital behandeln. Die Projektgouvernanz ihrerseits betrifft die Regulierung der Wechselwirkung zwischen den Ressourcenkomponenten aus allen Kapitalien. Diese Regulierung kann nachhaltig oder nicht nachhaltig erfolgen. Aus praktischen Gründen wurden das Human- und das Sozialkapital zusammengeführt, damit es bei den Ressourcenkomponenten nicht zu Doppelspurigkeiten kommt.

Bei der Beurteilung der Auswirkung eines Projektes auf örtliche Human- und Sozialkapitalien zeigen sich wichtige Aspekte der nachhaltigen Entwicklung; die Nachhaltigkeit des Projektes kann aber nur beurteilt werden, wenn zusätzlich folgende übergreifende Fragen gestellt werden:

- Welche Auswirkungen hat das Projekt auf die Ressourcen der zwei anderen Kapitalien, Natur- und Realkapital? (Landschaft, Zugvögel, erneuerbaren Energieproduktion, Boden, Kommunikationsinfrastrukturen, Energiepreis, Einkommen, ...)
- Gibt es bei gewissen Ressourcenkomponenten Grenzwerte, die unter- oder überschritten sind (Landschaftschutzgesetz, Verschuldungen, ...)?
- Welche Akteure profitieren und welche verlieren?
- Was sind die kurzfristigen und die langfristigen Auswirkungen auf lokaler, regionaler, respektive globaler Ebene?
- Wie wird die Interessenabwägung bei Zielkonflikten vorgenommen?
- Wer entscheidet im Falle solcher (heutiger oder künftiger) Zielkonflikte?

Übersicht über die Ressourcen und Ressourcenkomponenten

Die Reihenfolge der Ressourcen wie auch der Ressourcenkomponenten ist so gewählt, dass zuerst diejenigen Ressourcen behandelt werden, welche vorwiegend die kollektive Ebene betreffen, anschliessend diejenigen, welche vorwiegend die individuelle Ebene tangieren. Darin soll sich die ursprüngliche Unterscheidung in Sozial- (kollektiv) und Humankapital (individuell) widerspiegeln. Die Reihenfolge bildet keine Hierarchie ab. Die Gliederung ist nicht eindeutig vorzunehmen, und es soll ihr daher keine grundlegende Bedeutung beigemessen werden. Die Ressourcenkomponenten und deren zugeordnete Prinzipien und Beurteilungsbereiche betreffen oftmals Sozial- und das Humankapital. Für die Beurteilungsbereiche wird jeweils angegeben, welche Kapitalien (SK = Sozialkapital, HK = Humankapital) betroffen sind.

Ressourcen	Ressourcenkomponenten
1 Institutionen	1.1 Informelle Institutionen
	1.2 Formelle Institutionen
2 Kultur	2.1 Kulturelle Identität
	2.2 Kunst und Kultur
3 Soziale Kohäsion	3.1 Internationale Solidarität
	3.2 Innere Solidarität
	3.3 Soziale Integration
	3.4 Soziale Interaktion
4 Bevölkerung	4.1 Demografie
5 Bildung	5.1 Wissen und Kompetenzen
6 Arbeit	6.1 Einbindung in den Wirtschaftsprozess
7 Gesundheit	7.1 Subjektives Wohlbefinden und psychische Gesundheit
	7.2 Körperliche Gesundheit
	7.3 Menschliche Sicherheit

Tabelle 2
 Von der Arbeitsgruppe erarbeitete Ressourcen und Ressourcenkomponenten des Human- und Sozialkapitals (gesellschaftliche Aspekte der Nachhaltigkeit) (Quelle: eigene Darstellung)

Ressource 1: Institutionen

Unter Institutionen werden die gesellschaftlichen Übereinkünfte und «Einrichtungen» verstanden, welche formell oder informell das Zusammenleben und gemeinsame Handeln in einer (staatlichen) Gemeinschaft regeln (vgl. North 1992). Gegenüber der umgangssprachlichen Verwendung des Begriffes wird hier zwischen Institution und Organisation unterschieden. Institutionen beinhalten also grundlegende Vorstellungen bezüglich gesellschaftlicher Zielsetzungen. So äussert sich zum Beispiel das Postulat «der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist zu schützen respektive zu verbessern» (Humankapital erhalten) im breiten gesellschaftlichen Konsens als Institution respektive Einrichtung «Gesundheitswesen» (Sozialkapital) und wird durch Angebote in Organisationen wie Spitälern oder Spitex-Einrichtungen (Realkapital) gewährleistet. Ähnliches lässt sich von der Institution Bildungswesen sagen, welche zum Ausdruck bringt, dass jedes Individuum mit den Mitteln des Gemeinwesens einen bestimmten Bildungsstand (Volksschule, Hochschule) erwerben können soll (Humankapital aufbauen), welcher dann von den entsprechenden Organisationen (Schulgemeinde, Schulhäuser, Universitäten) angeboten wird. Die Institutionen (Sozialkapital) setzen gemeinsame Ziele und Handlungsprinzipien, welche zum Teil in Regulierungen (formelle Institutionen) expliziert werden. Die Organisation (Realkapital) stellt das Angebot zur Verfügung.

Die Sozialforschung unterscheidet «offene» Institutionen, welche auf Partizipation und Kooperation beruhen, von «geschlossenen», welche eher die Durchsetzung partikulärer Interessen unterstützen (Acemoglu und Robinson 2012). In der angelsächsischen Literatur wird weiter unterschieden zwischen inklusiven und extraktiven Institutionen, sowohl in politischer wie auch wirtschaftlicher Hinsicht. Inklusiv Institutionen streben das Allgemeinwohl an, sie beruhen auf demokratischen beziehungsweise egalitären Grundsätzen. Die extraktiven Institutionen bevorzugen den Mitteleinsatz für privilegierte Bevölkerungsschichten, was zu Klassengesellschaften führt (vgl. dazu Acemoglu und Robinson 2012).

Die Ausgestaltung der Institutionen ist die grundlegende und langfristig prägende Ressource einer Gesellschaft und hat einen Einfluss auf die «Rendite», welche eine Gesellschaft mit ihren verfügbaren Kapitalien erwirtschaftet (Serageldin und Groetaart 2000). Institutionen sind tief verwurzelt in der kulturellen, politischen und sozialen Entwicklung einer Bevölkerung und unterliegen einem steten, aber sehr langsamen Wandel. Sie sind die stabilisierenden Elemente des menschlichen Zusammenlebens und entscheiden in längeren Zeiträumen über Erfolg oder Misserfolg der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung und sogar über Auf- und Abstieg von Zivilisationen (vgl. North 1992).

Die Ressource «Institutionen» wird mittels der beiden Ressourcenkomponenten «informelle Institutionen» als meist impliziten Verhaltensvorgaben und «formelle Institutionen» als explizierten Verhaltensanweisungen dargestellt.

Ressourcenkomponente 1.1: informelle Institutionen

Beschreibung

Informelle Institutionen sind die tradierten, über die Jahrhunderte entwickelten grundlegenden Vorstellungen (Werte), was «sich gehört» und «rechens» ist, oder die Spielregeln («rules of the game», North 1992), die es einzuhalten gilt. Sie sind auch verstanden als die verschiedensten Orientierungen oder die Zielsetzungen, nach denen sich das Individuum als Teil einer Gemeinschaft in seinem Dasein ausrichtet. Das können einerseits religiöse oder auch politische beziehungsweise weltanschauliche Überzeugungen sein, welche in Organisationen wie Glaubensgemeinschaften oder politischen Parteien ihren Ausdruck finden. Andererseits sind hier auch Ansichten gemeint, die vorgeben, was die «Norm» ist, was also als «normal» oder «minimal» betrachtet werden soll, zum Beispiel die Anzahl Kinder pro Familie oder das Mindesteinkommen für ein gesellschaftsfähiges Leben (vgl. dazu Bernsdorf 1977 sowie Berger und Luckmann 2007).

Informelle Institutionen sind die Basis der Zivilgesellschaft. Sie dienen zur Gruppenbildung oder repräsentieren eine gemeinsame Zielrichtung als Grundlage für die Konstitution eines Vereins (vgl. dazu Beinhocker 2006). Das Vertrauen in diese informellen Institutionen vereinfacht gesellschaftliche Interaktion oder wirtschaftliche Transaktionen. Bei sinkendem Vertrauen durch das Missverhalten von Gemeinschaftsgliedern müssen durch Regulierungen formelle Institutionen geschaffen werden: Gesetze, Verordnungen usw.

Prinzip

Die Herkunft, Bedeutung und Wirkung informeller Institutionen ist bewusst zu machen. Deren Funktion und Einfluss ist zu explizieren (vgl. Jonas 1966). Gleichzeitig soll deren Funktionieren gesichert werden, aber auch ein gewisser Wandel möglich sein. Informelle Institutionen dürfen die formellen nicht unterlaufen (z. B. übermächtige Interessenvertretungen offenlegen, Monopolisierung und Absprachen zu Einflussosphären verhindern).

Beurteilungsbereiche

Die Ressourcenkomponente umfasst zwei Beurteilungsbereiche: «Werte und Normen» und «Vertrauen in informelle Institutionen».

Werte und Normen (SK) regeln das Zusammenleben mehr oder weniger verbindlich – je nach Ausprägung ihrer Überzeugungskraft oder akzeptierter Autorität. Sie sind Richtschnur des Verhaltens und sollen Reaktionen von Mitgliedern einer Gemeinschaft «berechenbar» machen. Sie regen uns an, unseren Mitmenschen zu achten und mit ihm zu kooperieren.

Der Beurteilungsbereich **Vertrauen in informelle Institutionen (SK / HK)** gibt an, inwieweit eine Gesellschaft ihr Zusammenleben in bestimmten Bereichen ohne expli-

zite Regelungen und Hierarchien ausgestaltet lassen kann und somit dem Individuum ein grösseres Mass an persönlichen Freiheiten überlässt. Wesentlich dabei ist, dass das sogenannte generalisierte Vertrauen (siehe dazu Franzen und Pointner 2007) in diesen Mechanismen vorhanden ist.

Beispiele für Indikatoren

- Werte und Normen: Eheschliessungen und -scheidungen, Angebote für Benimmkurse, Abstimmungsergebnisse, Konfliktkultur, Kompromissfähigkeit, Mitgliedschaft in Kirchen, Befragungen zu Werten, Normen und Einstellungen der Bevölkerung
- Vertrauen in informelle Institutionen: Nachbarschaftshilfe, Freiwilligenhilfe, Befragungen zu generalisiertem Vertrauen

Literatur

- Beinhocker, E.D. (2006): *The Origin of Wealth*, Harvard Business Press, Boston
- Berger, P.L. und Luckmann, T. (2007): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Fischer, Frankfurt am Main
- Bernsdorf, W. (Hg.) (1977): *Wörterbuch der Soziologie*, Fischer, Frankfurt am Main
- Bühlmann, F. und Schmid Botkine, C. (Hg.) (2012): *Sozialbericht 2012*, Seismo Verlag, Zürich
- Bundesamt für Statistik et. al. (Hg.) (2009): *MONET Nachhaltige Entwicklung messen. Indikatorensystem zur Nachhaltigen Entwicklung (Revidiertes System, Stand Juni 2009)*, Bern
- Jonas F. (1966): *Die Institutionenlehre*, Arnold Gehlens, Tübingen
- North, D. (1992): *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*, Mohr Siebeck, Tübingen
- World Bank (Hg.) (2001): *Understanding and measuring social capital: a synthesis of findings and recommendations from the social capital initiative*

Ressourcenkomponente 1.2: formelle Institutionen

Beschreibung

Gemeint sind hier die verbrieften Grundlagen oder kodifizierten Ordnungen einer Gesellschaft (Bundes-, Kantonsverfassung, Gemeindeordnung), auf denen das Rechtssystem (Gesetze, Verordnungen) aufgebaut ist. Sie werden durch die Legislative in den politischen Prozessen erstellt, in der Tätigkeit der Exekutive mittels Regierungsprogrammen umgesetzt und durch die Judikative interpretiert und auf ihre Einhaltung hin überwacht (vgl. dazu BV). Ein reibungsloses Funktionieren der formellen Institutionen setzt deren hohe Akzeptanz in der Gesellschaft voraus. Diese ist eher gegeben, wenn die Ausprägung der Ordnungen durch partizipative, demokratische Prozesse gestaltet wird, was dem Prinzip der inklusiven Institution entspricht (vgl. dazu Acemoglu und Robinson 2012). Das Potenzial von ungelösten Interessenkonflikten muss durch sinnvolle und abwägende Formulierungen möglichst tief gehalten werden. Eskalieren die Interessenkonflikte, sind diese durch Verständigungs- und Gerichtsverfahren auf verschiedenen Ebenen (vom Mediator bis zum Bundesgericht resp. Europäischen Gerichtshof) zu klären. Es soll auch analysiert werden, ob und mit welchen Regulationsmechanismen die aktuellen und zukünftigen Ressourcennutzungskonflikte geregelt werden.

Prinzip

Das Funktionieren der demokratischen Strukturen soll gewährleistet werden, die Souveränität von Regierung, Parlament und Stimmbürgern gesichert sein. Die Unabhängigkeit der politischen Gewalten soll gegeben sein (Gewaltentrennung), und die Freiheit der Medien ist sicherzustellen (Vierte Gewalt). Das Subsidiaritätsprinzip soll sinnvoll angewendet werden und eine adäquate Partizipation gewährleistet sein (vgl. dazu BV).

Beurteilungsbereiche

Die Ressourcenkomponente umfasst drei Beurteilungsbereiche: «politische (Demokratie-) Prozesse und Partizipation», «Regulierungen» und «Vertrauen in formelle Institutionen».

Der Bereich **politische (Demokratie-)Prozesse und Partizipation (SK)** betrifft den Erhalt und den Ausbau der demokratischen Errungenschaften, der Gewaltentrennung und der Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen (nicht nur politischen).

Regulierungen (SK) bilden die formale Struktur des gesellschaftlichen Auftrags, die öffentlichen Interessen zu wahren. Diesen muss Geltung verschafft werden durch Gesetze, Verordnungen, Weisungen, welche ihrerseits angewendet und durch die Organe der Exekutive auch durchgesetzt werden müssen.

Der Bereich **Vertrauen in formelle Institutionen (SK /HK)** beinhaltet die Akzeptanz formaler Institutionen wie Volksentscheide, Gerichts- oder Verwaltungsentscheide und deren Umsetzung.

Beispiele für Indikatoren

- Politische (Demokratie-)Prozesse und Partizipation: Gesellschaftssystem und politisches System, Anzahl Vernehmlassungen, Anzahl Initiativen, Wahlbeteiligung, Anzahl Elternvereine
- Regulierungen: Staatsaufbau, Gewalttrennung, Ausprägung und Funktion administrativer Einheiten
- Vertrauen in formelle Institutionen: Stimm- und Wahlbeteiligung, Befragungen zur politischen Befindlichkeit, Befragung zu Vertrauen in bestimmte Institutionen (z. B. Regierung, Parlament, Gerichte, Polizei usw.)

Literatur

- Bundesamt für Statistik et. al. (Hg.) (2013): MONET Nachhaltige Entwicklung messen. Indikatorensystem zur Nachhaltigen Entwicklung (Stand: Oktober 2013), Neuenburg
- Hall, P. (1999): Social Capital in Britain, *in*: British Journal of Political Science, 29
- Bühlmann, F. und Schmid Botkine, C. (Hg.) (2012): Sozialbericht 2012, Seismo Verlag, Zürich
- World Bank (2013): Worldwide Governance Index, auf: <http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.aspx#home> [11.10.13]

Ressource 2: Kultur

Kultur beinhaltet alle Errungenschaften, welche die Spezies Mensch im Laufe der verschiedenen Entwicklungsstufen der Zivilisation im Rahmen der Naturvoraussetzungen unseres Planeten hervorgebracht hat, um dadurch die Lebensgrundlagen und das Zusammenleben formend zu beeinflussen. Kultur bedeutet Gestaltung des Lebensumfeldes und gleichzeitig Prägung der Individualität des Menschen durch Sozialisation sowie dessen Einbettung in den gesellschaftlichen Kontext. «Kultur kann in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schliesst nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen» (Kulturdefinition der UNESCO, zit. gemäss Bundesamt für Kultur).¹¹

In diesem Sinne ist «Kultur» eine grundlegende, gesellschaftsprägende Ressource, für die wir zwei Ressourcenkomponenten unterscheiden, nämlich einerseits die «kulturelle Identität», also die kollektive Kennzeichnung oder Selbstversicherung, die mittels

Ressourcenkomponente 2.1: kulturelle Identität

Beschreibung

Mit kultureller Identität ist die Gesamtheit aller kulturellen Eigenschaften und des kulturellen Selbstverständnisses einer Gesellschaft gemeint. In Zusammenhang mit Sprache als Kulturmerkmal postuliert die UNESCO kulturelle Vielfalt und Identität als grundlegend für die Gesellschaft und für eine nachhaltige Entwicklung.¹² In der Freiburger Erklärung der kulturellen Rechte (UNESCO 2007) wird die kulturelle Identität (und das Kulturerbe) als unveräusserliches Recht aufgeführt. Auf der Ebene des Individuums bedeutet kulturelle Identität seine Einbettung in einen bestimmten sozialen Kontext, welche ihm Geborgenheit und Zugehörigkeit bietet und Identifikation ermöglicht.

Prinzip

Die Strategie Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz gibt keine Postulate oder Prinzipien im Bereich der Kultur vor. Die grundlegenden Dokumente, angefangen bei der Bundesverfassung, lassen aber keinen Zweifel daran, dass die Prinzipien in der Erhaltung der kulturellen Vielfalt, der Förderung der kulturellen Identität und der Soziokultur (Alltagskultur) sowie beim Kulturgüterschutz liegen. Immerhin äussert sich MONET im Bereich «Entwicklung des Humankapitals»: «Das kollektive Wissen und das soziokulturelle Erbe sind langfristig zu erhalten und zu vermehren» (MONET, 7a).¹³

Beurteilungsbereiche

Die Ressourcenkomponente umfasst drei Beurteilungsbereiche: «Alltagskultur», «Traditionen und Bräuche» sowie «kulturelle Vielfalt».

Der Bereich **Alltagskultur (SK)** umfasst die Kultur des täglichen Lebens, wie Esskultur, Freizeitkultur, Mode, Soziokultur oder Berufskulturen. Das Institut für Populäre Kulturen der Universität Zürich schreibt: «Alltag und Alltagskultur [...] bilden besondere Erfahrungsräume mit traditionell besetzten Sinnbezirken. Dem einzelnen wie Gruppen verhelfen sie je nach Schicht, Alter, Geschlecht und kultureller Zugehörigkeit zu konkreter Lebensorientierung und -gestaltung. Alltag erweist sich gleichzeitig als Perspektive und als Gegenstandsbereich, der vorzugsweise in überschaubaren Lebenswelten unter dem Aspekt symbolisch-kultureller Dimensionen funktional analysiert wird.»¹⁴

Der Bereich **Traditionen und Bräuche (SK)** beschreibt den historisch gewachsenen und als historisch wertvoll bezeichneten Bereich der Alltagskultur.

Die **kulturelle Vielfalt (SK)** ist ein Bereich mit klarer Zielrichtung. Bereits die Bundesverfassung erwähnt in ihrem Zweckartikel 2 die Förderung der kulturellen Vielfalt.

11 Eingesehen auf: www.bak.admin.ch/themen/04117/index.html?lang=de [11.7.14]

12 «Cultural and linguistic diversity, while stimulating respect for cultural identity, traditions and religions, is essential to the development of an Information Society based on the dialogue among cultures and regional and international cooperation. It is an important factor for sustainable development.» Quelle: www.unesco.org/new/en/communication-and-information/flagship-project-activities/unesco-and-wsis/implementation-and-follow-up/unesco-and-wsis-action-lines/c8-cultural-diversity-and-identity-linguistic-diversity-and-local-content/ [11.7.14]

13 Diese Art von Referenz bezieht sich immer auf das MONET-System, wobei die Ziffer der Nummer des MONET-Prinzips entspricht (Referenzen siehe Literaturverzeichnis)

14 www.ipk.uzh.ch/research/publikationen/beitraege.html [11.7.14]

Man subsumiert darunter die Sprachenvielfalt, die lokale Kulturvielfalt, aber auch die Vielfalt der kulturellen Tätigkeiten und Stile (Musik, darstellende Künste, Literatur usw.).

Beispiele für Indikatoren

- Alltagskultur: Zugang der Bevölkerung zu Kultur- und Gemeinschaftszentren
- Traditionen und Bräuche: Anzahl lokale/öffentliche/traditionelle Feste und Umzüge
- Kulturelle Vielfalt: Anzahl übersetzter (regionaler und internationaler) literarischer Werke, regelmässiger Gebrauch einer zweiten Landessprache (MONET), Anzahl Kulturvereine, Vielfalt der kulturellen Angebote und Künstler

Literatur

- Bundesamt für Statistik (2013): MONET. Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung, Neuenburg, aus: www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/02/ind9_approach.905.html [11.7.14]
- Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (Hg.) (1992): AGENDA 21, Rio de Janeiro, (speziell Kapitel 26), aus: www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf [11.7.14]
- SR 101: Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand am 3. März 2013), aus: www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html [11.7.14]
- UNESCO (2007): Les droits culturels. Déclaration de Fribourg, Fribourg, auf: www.unifr.ch/iiedh/assets/files/fr-declaration10.pdf [11.7.14]

Ressourcenkomponente 2.2: Kunst und Kultur

Beschreibung

Die Ressource Kultur wird hier im Kontext der Kunst als Kultur im engeren Sinne verstanden. Sie bezieht sich auf das Kulturschaffen in Form von künstlerischer und kultureller Betätigung sowie deren Produkte als Identifikationsmöglichkeit in einer Gesellschaft.

Prinzip

«Nachhaltige Entwicklung und kulturelle Entfaltung bedingen sich gegenseitig. Die soziale und kulturelle Entfaltung des Individuums ist ein Hauptziel menschlicher Entwicklung» (Schweiz. Bundesrat 2012a, S. 37). In diesem Sinne widmet sich ein Kapitel des Aktionsplans der Strategie des Bundesrates auch der kulturellen Entfaltung und will sie zusammen mit der Integration fördern.

Beurteilungsbereiche

Die Ressourcenkomponente umfasst zwei Beurteilungsbereiche: «Kulturförderung» sowie «kulturelle Bildung».

Der Bereich **Kulturförderung (SK)** beschreibt den Umgang mit der Ressource Kunst und Kultur als Bestandteil des Sozialkapitals. Dazu gehören zum Beispiel der Denkmalschutz, die Kulturgesetzgebung, Pflege der Baukultur und des öffentlichen Raumes u. a. m. Bereits die Bundesverfassung erwähnt in ihrem Zweckartikel 2 die Förderung der kulturellen Vielfalt. Die Kulturförderung wird in Artikel 69 konkret den Kantonen zugeordnet.

Der Bereich **kulturelle Bildung (HK, teilweise SK)** bildet den Schlüssel für den Zugang zu Kultur. Das zentrale Anliegen besteht in einem möglichst breiten Zugang für alle zu musischen beziehungsweise kulturellen Angeboten in Schulen und Erwachsenenbildungsangeboten. Teilbereiche der kulturellen Bildung, wie etwa die musikalische Bildung, sind in der Bundesverfassung explizit verankert (Art. 67a).

Beispiele für Indikatoren

- Kulturförderung: Anteil Gebäude unter Denkmalschutz, Ausgaben für Kultur (Kulturförderung und/oder Kulturpflege) (MONET), Aufgaben und Strategien für Baukultur/Kunst am Bau
- Kulturelle Bildung: eigene kulturelle Tätigkeiten (MONET), Teilnahme an kulturellen Aktivitäten (MONET)

Literatur

- Bundesamt für Statistik et. al. (Hg.) (2013): MONET Nachhaltige Entwicklung messen. Indikatorensystem zur Nachhaltigen Entwicklung (Stand: Oktober 2013), Neuenburg
- Schweiz. Bundesrat (Hg.) (2012a): Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012–2015, Bern
- SIA (Hg.) (2011): Baukultur. Eine kulturpolitische Herausforderung. Manifest des Runden Tisches Baukultur Schweiz, Schweiz. Ingenieur- und Architektenverein, Zürich, sia-Positionspapier 1105
- Throsby, D. (1999): Cultural Capital, Journal of Cultural Economics 23: 3–12
- UNESCO (1983): Weltkonferenz über Kulturpolitik. Schlussbericht der von der UNESCO 1982 in Mexiko-Stadt veranstalteten internationalen Konferenz. Hg. von der Deutschen UNESCO-Kommission, K. G. Saur München, UNESCO-Konferenzberichte Nr. 5

Ressource 3: soziale Kohäsion

In seiner Legislaturplanung für die Jahre 2011–2015 benennt der Schweizerische Bundesrat (2012c, S. 486) die «Förderung des Zusammenhalts und der Integrationsfähigkeit der vielfältigen schweizerischen Gesellschaft, getragen von gegenseitigem Respekt zwischen den Landesteilen, Kulturen und Generationen – unabhängig von der Herkunft der Menschen». Er bezeichnet soziale Kohäsion¹⁵ als einen «politischen Eckwert von zentraler Bedeutung». Verstanden als Ressource des Sozialkapitals bezweckt soziale Kohäsion den Zusammenhalt innerhalb einer Gesellschaft als Voraussetzung für ihr Funktionieren und ihren Bestand in der Zukunft. Kohäsion wirkt innerhalb des Gemeinwesens in Gestalt gemeinsamer Werte und Normen und trägt zur Sicherung des gesellschaftlichen Friedens bei. Der Zusammenhalt innerhalb einer Gesellschaft kann sich auf verschiedene Ebene beziehen. Das zeigt sich in den ausgewählten Ressourcenkomponenten. Die Ressource «soziale Kohäsion» zeigt sich im Selbstverständnis des Umgangs der Individuen und Organisationen innerhalb der Gesellschaft durch «soziale Interaktion» und «soziale Integration» sowie «innere Solidarität», wie auch durch die «internationale Solidarität» bezüglich der Weltgemeinschaft.

Ressourcenkomponente 3.1: internationale Solidarität

Beschreibung

Mit ihrer starken internationalen Vernetzung ist die Schweiz eng mit den weltweiten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Veränderungen verknüpft.

15 Definition Kohäsion aus Hillmann (2007): «Bezeichnung für die besondere psychische oder freiwillige soziale Bindung der Mitglieder an ihr soziales Gebilde sowie für die dadurch erreichte Festigkeit und Widerstandsfähigkeit des Gebildes gegenüber destruktiven Fremdeinflüssen und Binnenströmungen»

«Die Schweiz leistet ihren international breit anerkannten Beitrag zur Bewältigung der Armutprobleme und globaler Herausforderungen aus Solidarität, wohlverstandener Eigeninteresse und in der Überzeugung, dass drängende grenzüberschreitende Probleme nur bewältigt werden können, wenn jedes Land seinen Beitrag für eine global nachhaltige Entwicklung leistet» (Schweiz. Bundesrat 2012b, S. 2).

Ausserdem werden damit der Austausch und die Verständigung zwischen Individuen und Völkern gefördert und gestärkt. Dies führt zur Harmonisierung internationaler Beziehungen und erleichtert damit das globale Zusammenleben.

Prinzip

In Entwicklungs- und Schwellenländern erfolgt die Förderung der nachhaltigen Entwicklung primär durch Armutsbekämpfung. Die Unterstützung, die geleistet wird, soll insbesondere Entwicklungsländern, benachteiligten Regionen und den ärmsten Bevölkerungsschichten zugutekommen. Das friedliche Zusammenleben von Völkern und Nationen, die Achtung der Menschenrechte und demokratischen Strukturen sollen gefördert werden (MONET, 1).

Beurteilungsbereich

Die Ressourcenkomponente umfasst den Beurteilungsbereich «Beitrag zur internationalen Solidarität».

Der **Beitrag zur internationalen Solidarität (SK/HK)** versteht sich als Akuthilfe bei Notsituationen. Das Augenmerk richtet sich insbesondere auf die langfristige Aufbauhilfe im Sinne der «Hilfe zur Selbsthilfe».

Beispiele für Indikatoren

- Gesprochene Beiträge an globale Hilfsaktionen / -programmen, Zusammenarbeit und Kooperation in internationalen Netzwerken, Austausch-Plattformen für Projekträger, Befragungen zu Kooperationsbereitschaft für Vorhaben der DEZA

Literatur

- DEZA (o.J.): Strategie der DEZA, Bern; aus: www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Strategie [11.7.14]
- Schweiz. Bundesrat (2012b): Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016, Bern

Ressourcenkomponente 3.2: innere Solidarität

Beschreibung

Bei der inneren Solidarität geht es um den gesellschaftlichen Ausgleich, Chancengerechtigkeit und den Abbau beziehungsweise die Vermeidung von Benachteiligung oder Diskriminierung. Zudem geht es um die gesellschaftlichen Leistungen zur Unterstützung Bedürftiger und Menschen in Not (vgl. BV Präambel, Art.12 und 115).

Prinzip

«Niemand darf aufgrund irgendwelcher äusseren oder inneren Eigenschaften diskriminiert werden. Jedes Mitglied der Gesellschaft soll dieselben Rechte und Chancen haben. Eine gerechtere Verteilung der Ressourcen ist anzustreben. Die Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen und Regionen ins wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Leben soll gefördert werden» (MONET, 4).

Die Ressourcenkomponente umfasst drei Beurteilungsbereiche: «Chancengleichheit», «Einkommens- und Vermögensverteilung» sowie «soziale Unterstützung».

Die **Chancengleichheit (SK)** umfasst das Vermögen aller Menschen innerhalb einer Gesellschaft, ihre Potenziale realisieren zu können, sei das beim Bildungszugang, beim Zugang zu beruflichen Positionen, beim Einkommen oder bei ihrer sonstigen Entwicklung. Es geht mithin um das Recht auf eine gerechte Verteilung von Zugangs- und Lebenschancen. Dazu gehört auch das Prinzip der Gleichbehandlung durch formale Institutionen und das Verbot von Diskriminierung.

Im Bereich **Einkommens- und Vermögensverteilung (SK)**, als ein relevanter Ausdruck der sozioökonomischen Bedingungen und der Verteilungsgerechtigkeit verstanden, geht es um die Ausgeglichenheit der finanziellen Ressourcen. Einkommens- und Vermögensverteilung sind unter anderem ein Ergebnis unterschiedlicher Bildungsniveaus, Berufspositionen, Kaderfunktionen, Branchen/Wirtschaftssektoren, Geschlecht usw. Ein gewisser Ausgleich schafft das gesellschaftspolitische System etwa durch Steuern oder Sozialleistungen.

Die **soziale Unterstützung (SK)** ist wohl einer der am besten gesetzlich verankerten Bereiche. Bereits die Präambel der Bundesverfassung bezieht sich darauf. Es geht darum, dass in einer sozialen Gesellschaft durch öffentliche (und private) Unterstützung die Ziele des menschenwürdigen Lebens erreicht werden können. Betroffen sind Menschen mit einer «Unterversorgung in wichtigen Lebensbereichen» [...] «Bedürftigkeit besteht, wenn ein Haushalt die notwendigen Ressourcen für die Lebenshaltung nicht selbst aufbringen kann beziehungsweise wenn das Haushaltseinkommen nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Steuern unter dem sozialen Existenzminimum liegt» (SKOS 2013, S. 2).

Beispiele für Indikatoren

- Chancengleichheit: Anteil Frauen in Kaderpositionen, Lohngleichheit, Personenstruktur (Geschlecht, Alter, Nationalität, usw.) in politischen Gremien und auf Schulniveaus, Ausmass der Bildungsvererbung, Bildungshomogamie
- Einkommens- und Vermögensverteilung: GINI-Koeffizient, Höhe des Mindestlohns, Anteil Working-Poor
- Soziale Unterstützung: Angebote wie Suppenküchen, Kultur-Legi, Sozialhilfe, Betreuung, Nachbarschaftshilfe, organisierte und informelle Freiwilligenarbeit

Literatur

- Bundesamt für Statistik et. al. (Hg.) (2013): MONET Nachhaltige Entwicklung messen. Indikatorensystem zur Nachhaltigen Entwicklung (Stand: Oktober 2013), Neuenburg
- Lampart, D. und Gallusser, D. (2012): SGB-Verteilungsbericht 2012. Eine Analyse der Lohn-, Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz, Schweiz. Gewerkschaftsbund Dossier Nr. 86, Bern
- Schweiz. Konferenz für Sozialhilfe SKOS (2013): Armut und Armutsgrenze, Bern
- Wilkinson, R. und Pickett, K. (2012): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Tolkemit, Hamburg

Ressourcenkomponente 3.3: soziale Integration

Beschreibung

Soziale Integration meint den Prozess einer Gesellschaft, verschiedene Anspruchsgruppen optimal einzugliedern. Es geht dabei um verschiedene soziale Gruppierungen

und Individuen wie zum Beispiel Behinderte, SeniorInnen, Kinder oder Angehörige von Subkulturen (in Anlehnung an Hillmann 2007). Integration ist eine staatliche Kernaufgabe. Ziel ist das optimale Zusammenleben der Bevölkerung.

Prinzip

Integration bezweckt, gemäss Bundesamt für Migration, das friedliche Zusammenleben. Betroffene zivilgesellschaftliche Akteure sollen einbezogen und so zu Beteiligten gemacht werden.¹⁶ Soziale Durchmischung bildet innerhalb dieser Ressourcenkomponente ein oft genanntes, wenn auch nicht unumstrittenes Postulat (Programm Projets Urbains 2011a). Sie soll dabei helfen, gesellschaftliche Polarisierung im Sinne gesellschaftlicher Kohäsion zu vermeiden. «Die Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen und Regionen ins wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Leben soll gefördert werden» (MONET, 4c).

Beurteilungsbereiche

Die Ressourcenkomponente umfasst zwei Beurteilungsbereiche: «Integration von Bevölkerungsgruppen» und «soziale Durchmischung».

Die **Integration von Bevölkerungsgruppen (SK)** umfasst die Einbindung und gesellschaftliche Aktivierung spezieller Bevölkerungsgruppen. Die Vielfalt einer Gesellschaft wird dabei als Entwicklungspotenzial gesehen.

Die **soziale Durchmischung (SK)** ist nicht einfach fassbar und steht in engem Zusammenhang mit der funktionalen Durch- beziehungsweise Entmischung, weil dabei die Nutzungsvielfalt eine Rolle spielt. Auch wenn die wissenschaftliche Einschätzung dieses Bereichs kontrovers ist, darf doch festgestellt werden, dass die Durchmischung einen Gegenentwurf zur gesellschaftlichen Segregation¹⁷ darstellt und in diesem Sinne nicht bestritten wird (vgl. Programm Projets Urbains 2011b). Soziale Durchmischung ist zudem eine Frage der Massstabsebene und eine Frage der Möglichkeit zur Teilhabe. Von durchmischten Quartieren erwartet man mehr gesellschaftliche Stabilität, geringere Ungleichheiten und eine grössere Integrationskraft.¹⁸

Beispiele für Indikatoren

- Integration Bevölkerungsgruppen: Erwerb des Schweizer Bürgerrechts, Beteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppierungen an Planungsprozessen, Sozialhilfequote
- Soziale Durchmischung: Durchmischung in Schulen/Bildungsinstitutionen, Vereinen, Parteien, Quartieren (soziale Kontakte und Beziehungen mit Angehörigen anderer sozialer/ethnischer/demografischer Gruppen), Anzahl ausländischer Vereinsmitglieder, Akzeptanz der Durchmischung

Literatur

- Bundesamt für Statistik et. al. (Hg.) (2013): MONET Nachhaltige Entwicklung messen. Indikatorensystem zur Nachhaltigen Entwicklung (Stand: Oktober 2013), Neuenburg
- Programm Projets Urbains 2011a, 2011b und 2013

Ressourcenkomponente 3.4: soziale Interaktion

Beschreibung

Die soziale Interaktion führt dazu, dass sich Gruppen und Individuen an Erwartungen, Einstellungen und Bewertungen der Interaktionspartner orientieren (Hillmann 2007), und ist ein grundlegendes Element der sozialen Kohäsion (Chan et al. 2006). Inter-

aktionspartner können Gruppen aber auch Individuen sein. Die soziale Interaktion setzt gemeinsame Werte und eine soziale Struktur voraus und ist eng verknüpft mit sozialen Beziehungen.

Prinzip

Der Austausch und die Verständigung zwischen Einzelnen und Gruppen soll gefördert werden, da dies zu solidarischeren Mitgliedern der Gesellschaft führt und damit die Überlebenskraft derselben stärkt (MONET, 5).

Beurteilungsbereiche

Die Ressourcenkomponente umfasst drei Beurteilungsbereiche: «zwischenmenschliche Beziehungen», «Zusammenarbeit und Kooperation» sowie «Vereine, Verbände, Netzwerke, Plattformen».

Die **zwischenmenschlichen Beziehungen (SK)** tragen wesentlich zu sozialen Interaktionen auf der individuellen Ebene bei (Lockwood 1999) und diese erhöhen das Vertrauen und die Gegenseitigkeit (Putnam, 2001). Diese Beziehungen können sich zwischen nahen Verwandten, Freunden oder Bekannten und auf persönlicher oder geschäftlicher Ebene abspielen.

Zusammenarbeit und Kooperation (SK) bilden wichtige Ausprägungen der sozialen Kohäsion (Chan et al. 2006). Kooperation ist das möglichst erfolgreiche Zusammenwirken von Individuen und Gruppen (Unternehmen, Vereine, usw.) zur effizienteren Zielerreichung (Hillmann 2007). Kooperationen setzen gemeinsame Ziele, Werte und die Gegenseitigkeit voraus.

Vereine, Verbände, Netzwerke und Plattformen (SK) sind Ausprägungen von Zusammenarbeit und ermöglichen kollektives Handeln. Sie sind aber auch ein Ausdruck von Beziehungen und Interaktionen von Individuen und Gruppen und können sowohl brückenbildend, wie auch bindend wirken (Putnam 2001).

Beispiele für Indikatoren

- Zwischenmenschliche Beziehungen: Ausmass und Intensität sozialer Kontakte und sozialer Beziehungen, Befragung über Vertrauen in Mitmenschen, Nachbarschaftshilfe
- Zusammenarbeit und Kooperation: Anzahl gemeinsame/kollektive Aktionen/Projekte, Befragungen zur Kooperationsbereitschaft für Vorhaben, Austausch-Plattformen, Zeitbörsen, Freiwilligenarbeit
- Vereine, Verbände, Netzwerke, Plattformen: Anzahl lokale Verbände, Vereine usw., Netzwerke und deren Diversität an Mitgliedern

Literatur

- Bühlmann, F., Schmid Botkine, C. (Hg.) (2012): Sozialbericht 2012, Seismo Verlag, Zürich

16 «Soziale Integration», in: www.bfm.admin.ch/content/bfm/de/home/themen/integration/themen/soziale_integration.html [11.7.14]

17 In diesem Zusammenhang wird auch von «bridging capital» gesprochen, verstanden als Überbrückung von Gruppendifferenzen, das heisst einer sozialen Beziehung zu Angehörigen anderer sozialer Gruppen. Im Gegensatz dazu wird «bonding capital» als Vertiefung der sozialen Beziehungen innerhalb der eigenen sozialen Gruppe verstanden. Siehe dazu Putnam (2000).

18 Vgl. dazu insbesondere Programm Projets Urbains (2011a)

- Bundesamt für Statistik et. al. (Hg.) (2013): MONET Nachhaltige Entwicklung messen. Indikatorensystem zur Nachhaltigen Entwicklung (Stand: Oktober 2013), Neuenburg
- Chan, J. et al. (2006): Reconsidering Social Cohesion: Developing a Definition and Analytical Framework for Empirical Research, Social Indicators Research, Vol. 75, No. 2, S. 273–302
- Lockwood, D. (1999): Civic Integration and Social Cohesion, in: Gough and Olofsson (Hg.), Capitalism and Social Cohesion, Macmillan Press LTD, London
- Putnam, R. (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Ressource 4: Bevölkerung

Als Bevölkerung wird die Gesamtheit der BewohnerInnen (Population) einer administrativen Einheit verstanden (Hillmann 2007). Es ist die absolute Zahl der Menschen, welche zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem definierten Gebiet respektive Lebens- und Wirtschaftsraum ansässig sind. Die Zahl ergibt sich durch die Bilanzierung von Zu- und Abgängen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes in der physischen Raumeinheit. Bei den Zu- und Abgängen wird unterschieden zwischen natürlichen (Geburten und Sterbefälle) und solchen, die sich durch horizontale¹⁹ Bevölkerungsveränderungen (Zu- und Abwanderung) ergeben. Die Ressource «Bevölkerung» kommt dann zum Tragen, wenn ein günstiges Verhältnis von aktiver und passiver Bevölkerung gegeben und auch die räumliche Verteilung optimal ist. Andernfalls kann die Bevölkerungszusammensetzung und -verteilung, also die Demografie, auch zur grossen Belastung für eine Volkswirtschaft werden und die demokratischen Strukturen unter Druck setzen. So formuliert der Schweizerische Bundesrat in der Legislaturplanung 2011–2015 die Demografie als einen «politischen Eckwert (mit) zentraler Bedeutung» und hebt dabei unter anderem die «Bewältigung der demografischen Herausforderungen für (das) Sozial- und Gesundheitssystem» hervor (Schweiz. Bundesrat 2012c, S. 486).

Die Ressource «Bevölkerung», wie sie sich in der «Demografie» eines Landes manifestiert, ist somit ein ambivalenter Inputfaktor für das Sozial- und Wirtschaftssystem, der sich je nach Voraussetzungen für die Entwicklung förderlich, aber auch hinderlich zeigen kann.

Ressourcenkomponente 4.1: Demografie

Beschreibung

Unter Demografie wird die numerische Beschreibung des Aufbaus der Bevölkerung einer Raumeinheit verstanden. Diese Darstellung der Zusammensetzung einer Population lässt sich unter Gesichtspunkten wie Alter oder Herkunft usw. vornehmen. Die bestimmende Grösse und Veränderung des Bevölkerungsaufbaus in einem Zeitraum ergeben sich durch den (Anfangs-)Bestand plus die Bilanzierung der natürlichen Zu- und Abgänge (Geburten – Sterbefälle) sowie der Wanderungsbilanz (Immigration – Emigration). Der Bestand einer Bevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt wird in der Regel mittels der Bevölkerungspyramide dargestellt.

Prinzip

Erwünscht wäre ein ausgeglichener Altersaufbau der Bevölkerung. Es ist mittels gezielter politischer Massnahmen ein günstiges Verhältnis von Erwerbsbevölkerung einerseits und Kindern und Jugendlichen in Ausbildung sowie älterer Bevölkerung andererseits anzustreben. Das natürliche Wachstum der Bevölkerung und die Veränderungen durch die Wanderungsbilanz halten sich die Waage (vgl. Schweiz. Bundesrat 2012d).

Die Ressourcenkomponente umfasst zwei Beurteilungsbereiche: «Bevölkerungsstruktur» sowie «Migration und Migrationsbilanz».

Die **Bevölkerungsstruktur (HK/SK)** zeigt sich in Ressourcenkomponenten wie Altersaufbau, ethnische Herkunft, sprachliche Zugehörigkeit oder soziale Differenzierung. In der Bevölkerungspyramide können einige dieser Ressourcenkomponente dargestellt werden. Die Pyramide wird durch Altersklassen (z. B. 5-Jahres-Klassen) aufgebaut, unterteilt in weibliche und männliche Personen oder weiter differenziert in eingebürgerte BewohnerInnen und AusländerInnen der verschiedenen gesetzlichen Niederlassungskategorien.

Die **Migration und Migrationsbilanz (HK)** ist Ausdruck der Bevölkerungsveränderung durch horizontale, sprich räumliche Bewegungen, also Zu- und Abwanderung, welche jährlich bilanziert werden.

Beispiele für Indikatoren

- Bevölkerungsstruktur: Geburten- und Sterberate, Anzahl Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter, Alterspyramidenform, Altersquotient (60-Jährige und älter in % der 20- bis 59-Jährigen), Jugendquotient (0- bis 19-Jährige in % der 20- bis 59-Jährigen), Belastung des öffentlichen Haushalts durch soziale Einrichtungen
- Migration und Migrationsbilanz: Migrationsbilanz, Emigrations- und Immigrationsraten, Bevölkerungswachstumsrate

Literatur

- Bundesamt für Statistik et. al. (Hg.) (2013): MONET Nachhaltige Entwicklung messen. Indikatorensystem zur Nachhaltigen Entwicklung (Stand: Oktober 2013), Neuenburg
- Schweiz. Bundesrat (2012c): Botschaft über die Legislaturplanung 2011–2015, Bern
- Schweiz. Bundesrat (2012d): Wachstumspolitik 2012–2015, Bericht des Bundesrates, Bern

Ressource 5: Bildung

Bildung ist die durch Erfahrung, Sozialisation und institutionelle Vermittlung (Schule, Medien) erworbene Fertigkeit, Information aufzunehmen, zu verarbeiten und für Lebenswelt-Handeln einzusetzen. Bildung heisst, Wissen zu erwerben, und bedeutet die Fähigkeit, Werte und Verhalten kritisch zu reflektieren, die eigene Identität zu entfalten, eigenständig zu denken und zu handeln und die kulturelle und wirtschaftliche Integration zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen» (Schweiz. Bundesrat 2012a). Bildung fördert «das kollektive Wissen» und erhält und erweitert «das sozio-kulturelle Erbe» (vgl. MONET, 7a). Sie ermöglicht kulturellen, sozialen und technischen Wandel durch Innovationen und gewährleistet eine langfristige Orientierung auch dadurch, dass sie die Sensibilität für «das Zeitmass natürlicher Prozesse» schärft (vgl. MONET, 19).

19 Als vertikale Bevölkerungsbewegung wird demgegenüber der Auf- und Abstieg in der Sozialstruktur (soziale Schichten) verstanden.

Die Ressource «Bildung» äussert sich beim Humankapital des Individuums als «Wissen und Kompetenzen», welche durch Schulung angeeignet und in der Berufs- und Lebenspraxis einsetzbar sind.

Ressourcenkomponente 5.1: Wissen und Kompetenzen

Beschreibung

Durch den Lernprozess wird das Individuum befähigt, Bildungsinhalte, also Wissen und Kompetenzen (Fähigkeiten, Fertigkeiten), zu adaptieren und situationspezifisch in Handlung umzusetzen. Ein höherer Bildungsstand stattet das Individuum mit einem grösseren Spektrum an Handlungsoptionen für die Lebensbewältigung aus und erleichtert ihm die Teilhabe am öffentlichen Leben und am Wirtschaftsprozess (vgl. dazu Schweiz. Bundesrat 2012a).

Es gilt zudem auch: «Wissen und die Nutzung dieses Wissens gehören heute zu den kostbarsten Ressourcen, um Entwicklungsprozesse nachhaltig zu gestalten» (Schweiz. Bundesrat 2012a).

Prinzip

«Die Fähigkeit zur Aufnahme und Verarbeitung von Information soll gefördert werden» (MONET, 7c) und das kollektive Wissen vermehrt werden (MONET, 7a). Dies ist durch lebenslanges Lernen zu fördern, da Information exponentiell wächst und durch sich laufend ändernde Kanäle (Medien) vermittelt wird. Dadurch soll das Individuum befähigt werden, am sozialen und politischen Leben zu partizipieren sowie seine Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten. Daneben sollen durch den einfachen Zugang zu Bildung die individuelle Entfaltungsmöglichkeit gewährleistet werden.

Beurteilungsbereiche

Die Ressourcenkomponente umfasst vier Beurteilungsbereiche: «umfassende Kompetenzen», «Kompetenzen und Zugang zu digitalen Medien», «Bildungsstand» sowie «lebenslanges Lernen».

Im **Bildungsstand (HK)** der Bevölkerung zeigt sich, ob der Zugang zu höherer Bildung allen sozialen Schichten möglich ist und dieser auch genutzt wird. Da höhere Bildung auch Lebensbereicherung und Partizipationsfähigkeit bedeutet (Schweiz. Bundesrat 2012a), ist ein angemessener Bildungsstand der Bevölkerung Voraussetzung für ein demokratisches Gesellschaftssystem.

Kompetenzen (HK) und Zugang (SK) zu digitalen Medien: Kompetenzaufbau und Wissensvermittlung verschieben sich immer mehr von direkter Schulung durch Lehrpersonal (face to face) hin zu eigenständigem Erwerben von Lerninhalten (Selbststudium). Dies geschieht mittels digitaler Medien und durch die weltweite Vernetzung. Die (individuelle) Fähigkeit zur und das Bedürfnis nach Wissensaneignung (Nachfrage) und die Möglichkeit (Angebot), diese zu erlangen, sind somit zentral.

Der Bereich **umfassende Kompetenzen (HK)** beschreibt, inwieweit das Individuum ein breites Kompetenzenportfolio vermittelt erhält, welches einerseits das Qualitätskriterium «Kopf-Herz-Hand» beinhaltet und andererseits den Fächer «Fach-, Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenz» repräsentiert.

Der Bereich **lebenslanges Lernen (HK)** sagt aus, dass der individuelle Kompetenzaufbau erst am Lebensende abgeschlossen sein kann. Jede Lebensphase beinhaltet neue Ansprüche an Fähigkeiten und Fertigkeiten, und somit ist die Teilhabe an der Wissensproduktion unumgänglich, um die Herausforderungen des stetigen Wandels der (Lebens-)Bedingungen zu bewältigen (vgl. Schweiz. Bundesrat 2012d).

Beispiele für Indikatoren

- Bildungsstand: Anteil Hochschulabschlüsse/Berufslehraabschlüsse pro Jahrgang, Verteilung der Bildungsabschlüsse, Lesefähigkeit, Fremdsprachenkompetenz
- Kompetenzen und Zugang zu digitalen Medien: Kurse für digitale Medien, Internetnutzung, Zugang zum Internet
- Umfassende Kompetenzen: Erhebungen zu Kompetenzen (Kompetenzenportfolio), Lehrplan-Inhalte
- Lebenslanges Lernen: Weiterbildungsangebot, Weiterbildungstätigkeit

Literatur

- Bühlmann, F. und Schmid Botkine, C. (Hg.) (2012): Sozialbericht 2012, Seismo Verlag, Zürich
- Bundesamt für Statistik et. al. (Hg.) (2013): MONET Nachhaltige Entwicklung messen. Indikatorensystem zur Nachhaltigen Entwicklung (Stand: Oktober 2013), Neuenburg
- Ellison, N., Steinfield, Ch., Lampe, C. (2007): The Benefits of Facebook «Friends», in: Journal of Computer-Mediated Communication, 12,4.
- Schweiz. Bundesrat (Hg.) (2012a): Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012–2015, Bern
- Schweiz. Bundesrat (2012d): Wachstumspolitik 2012–2015, Bericht des Bundesrates

Ressource 6: Arbeit

In den Sozialzielen der Schweizerischen Bundesverfassung wird festgehalten, dass «Erwerbsfähige ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten können» (BV, Art. 41). Arbeit kann jedoch nicht einfach nur Produktionsfaktor (vgl. Schweiz. Bundesrat 2012d) im klassischen Sinne sein (neben Kapital, Boden und Umweltgütern). Sie ist neben anderen Bereichen vielmehr eine Basis für das Selbstverständnis und die Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen – man könnte vereinfachend auch sagen: für die Identitätsfindung – und darf in dieser Bedeutung auch nicht zu Zwangsarbeit, Ausbeutung oder Schuldknechtschaft durch Verschleppung führen. Unter der Prämisse von nachhaltiger Entwicklung dient Arbeit in diesem Sinne neben der Sicherung der ökonomischen Existenz auch der Entwicklung der Persönlichkeit und fördert die Zufriedenheit und Integration in die Gemeinschaft und Gesellschaft (vgl. dazu DWI 2011; Gerber 2013).

Mit der Darstellung von Arbeit als Ressource soll deren Bipolarität als Teil der ökonomischen Existenzsicherung einerseits und der Entwicklung der Persönlichkeit und der Integration im Sozialgefüge andererseits zum Ausdruck kommen.

Ressourcenkomponente 6.1: Einbindung in den Wirtschaftsprozess

Beschreibung

Die Einbindung einer Person in den Wirtschaftsprozess bedeutet, dass sie Teil dieses Prozesses ist, sei dies als Arbeitskraft, Unternehmer oder als selbständiger Konsument.

Prinzip

Da das Wirtschaftssystem ein wichtiges Teilsystem unserer Gesellschaft ist, bildet die Einbindung in den ökonomischen Prozess einen wichtigen Pfeiler der Integration in die Gesellschaft. Arbeit ist in der heutigen Gesellschaft nach wie vor ein zentraler Beitrag für die soziale Integration (Stadt Zürich, o.J.) und auch das Ziel der Sozialhilfe

(SKOS 2005). Sie ermöglicht dem Individuum ausserdem, eine erfüllende Tätigkeit auszuüben, Fähigkeiten weiterzuentwickeln, Selbstwertgefühl aufzubauen und seinen Lebensunterhalt selber zu bestreiten (OECD 2013). Daher soll das wirtschaftliche System Personen, welche eine Erwerbstätigkeit wünschen, eine sinnstiftende Arbeit ermöglichen, mit der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können (MONET, 13).

Beurteilungsbereiche

Die Ressourcenkomponente umfasst drei Beurteilungsbereiche: «Beschäftigung», «ökonomische Eigenständigkeit», sowie «berufliche Qualifikation».

Der Bereich **Beschäftigung (HK)** umfasst die Erwerbstätigkeit (gemäss Definition BFS/ILO) und die Beschäftigung in arbeitsmarktnahen Programmen. Denn die Möglichkeit, einer institutionalisierten Arbeit nachzugehen (sei dies bezahlt, teilbezahlt oder unbezahlt), ist ein wesentliches Element, welches im Rahmen einer NHB beurteilt werden soll.

Der Bereich **ökonomische Eigenständigkeit (HK)** beschreibt, inwiefern Erwerbsfähige ihren Lebensunterhalt durch Arbeit (zu angemessenen Bedingungen) bestreiten können (siehe BV, Art. 41).

Die **berufliche Qualifikation (HK)** ist ein wichtiger Pfeiler, der den Einstieg in den Arbeitsmarkt und in die ökonomische Eigenständigkeit ermöglicht (ILO 2013; BBT 2012). Daher sollen sich Kinder und Jugendliche sowie Personen im erwerbsfähigen Alter «nach ihren Fähigkeiten bilden, aus- und weiterbilden können» (BV, Art. 41).

Beispiele für Indikatoren

- Beschäftigung: Arbeitslosenquote, Beschäftigungsquote, Unterbeschäftigung
- Ökonomische Eigenständigkeit: Personen unter der Armutsgrenze, Personen mit Sozialhilfe, Anzahl Working Poor, Dauer des Sozialhilfebezugs, Personen mit materieller Entbehrung (Deprivation)
- Berufliche Qualifikation: Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, Jugendarbeitslosigkeit, Aus- und Weiterbildung

Literatur

- Bühlmann, F. und Schmid Botkine, C. (Hg.) (2012): Sozialbericht 2012, Seismo Verlag, Zürich
- Bundesamt für Bildung und Technologie BBT (2012): Start ins Berufsleben, Bericht des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie, Bern
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DWI (2011): Socio-Economic Panel Study (SOEP), Survey Papers 2011, Berlin
- Gerber, A. (2013): Hin zu einer umfassenden Integrationspolitik der öffentlichen Hand, Die Volkswirtschaft, Das Magazin für Wirtschaftspolitik 7/8,
- ILO (2013): Global Employment Trends for Youth 2013, International Labour Office, Geneva
- OECD (2013): How's Life, 2013: Measuring Well-being
- SKOS (2005): Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe, Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, 4. überarbeitete Ausgabe
- Stadt Zürich (o.J.): Homepage des Sozialdepartements: www.stadt-zuerich.ch/content/sd/de/index/ueber_das_departement/strategie/arbeitsintegration.html [11.7.14]

Ressource 7: Gesundheit

Die Sicherung und Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung ist ein zentrales Ziel der nachhaltigen Entwicklung. Insbesondere chronische Krankheiten

wegen Übergewicht oder Suchtproblemen, Epidemien und psychische Erkrankungen treten vermehrt auf (Schweiz. Bundesrat 2012a). Individuelle Gesundheit und Wohlbefinden sind eine zentrale Ressource des Humankapitals. Sowohl als Sozialwesen wie auch als Wirtschaftssubjekt kann sich der Mensch erst bei guter geistiger, seelischer und körperlicher Verfassung voll zur Entfaltung bringen und optimalen Einsatz leisten. «Eine intakte Gesundheit ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen produktiv und selbstbestimmt leben können» (BAG 2013).

Zur Erhaltung oder Wiederherstellung von Gesundheit und Wohlbefinden ist die Gesellschaft aufgefordert, ein umfassendes Gesundheitswesen mit gut funktionierenden Strukturen, Einrichtungen und Angeboten bereitzustellen.²⁰ Der Gesundheitszustand der Menschen in der Schweiz wird zu 60 Prozent von Faktoren ausserhalb der Gesundheitspolitik bestimmt. Einflusreich sind etwa die Bildung, die soziale Sicherheit, die Arbeitssituation oder das Einkommen, die Umwelt, der Verkehr oder die Wohnsituation. «Alle Bevölkerungsgruppen sollen die gleichen Chancen auf ein gesundes Leben und auf eine optimale Lebenserwartung haben. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Kindern und Jugendlichen, Personen mit tiefem Einkommen oder Bildungsstand, älteren Menschen, aber auch MigrantInnen».²¹

Des Weiteren gilt: «Die Gesundheitsversorgung war bisher zu exklusiv auf die kurative (heilende) Medizin ausgerichtet. Künftig muss auch auf den allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung Gewicht gelegt werden. Entsprechend sollten daher in Zukunft die Krankheitsprävention und die Gesundheitsförderung stärker berücksichtigt werden» (Schweiz. Bundesrat 2012a). Die Ressource «Gesundheit» wird stellvertretend identifiziert durch die Ressourcenkomponenten «subjektives Wohlbefinden und psychische Gesundheit», «körperliche Gesundheit» und das «menschliche Sicherheit» im Sinne des Anspruchs auf Unversehrtheit von Leib und Leben (vgl. BV, Art. 10).

Ressourcenkomponente 7.1: subjektives Wohlbefinden und psychische Gesundheit

Beschreibung

Psychische Gesundheit umfasst persönliches Wohlbefinden, Zufriedenheit, Selbstbewusstsein, Beziehungsfähigkeit, Alltagsbewältigung und Arbeitsfähigkeit. Sie ist kein Zustand, sondern ein dynamischer Prozess, der eine ständige aktive Anpassung des Individuums an die laufenden objektiven und subjektiven Veränderungen erfordert.²² Psychische Störungen beeinträchtigen das alltägliche Leben und wirken sich auf emotionaler, kognitiver, interpersonaler, körperlicher und verhaltensmässiger Ebene aus. Sie wirken sich auf alle Lebensbereiche aus und beeinträchtigen Lebensqualität, Alltags- und Arbeitsfähigkeit.

Prinzip

Die Förderung der psychischen Gesundheit sowie Verbesserungen auf dem Gebiet der Vorbeugung und Früherkennung psychischer Krankheiten sind anzustreben, um

20 Gemäss Menschenrechtsvereinbarung: «Das Recht auf Gesundheit anerkennt das Recht für alle auf ein erreichbares Höchstmass an körperlicher und geistiger Gesundheit, insbesondere die Verfügbarkeit von quantitativ ausreichenden und qualitativ genügenden öffentlichen Gesundheitseinrichtungen sowie den diskriminierungsfreien Zugang zu den vorhandenen Gesundheitseinrichtungen.» Quelle: www.humanrights.ch/de/Menschenrechte/Gesundheit/ [11.7.14]

21 Gesundheit2020: Die gesundheitspolitischen Prioritäten des Bundesrates www.bag.admin.ch/gesundheit/2020/index.html?lang=de [11.7.14]

22 Bundesamt für Gesundheit: www.bag.admin.ch/themen/gesundheitspolitik/14149/14150/index.html?lang=de [11.7.14]

die Zahl der Erkrankungen zu reduzieren. Dabei soll ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, die Ausgliederung aus dem Arbeitsprozess bei psychischen Problemen zu verhindern (vgl. Fussnote 21).

Folgende zwei Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung im Bereich «gesellschaftliche Solidarität – subjektive Lebensbedingungen» unterstützen diese Zielrichtung:

- Zufriedenheit und Glück: Die Möglichkeiten für jetzige und künftige Generationen, Lebenszufriedenheit und Glück zu finden, sollen erhalten und gefördert werden (MONET, 3a).
- Wohlbefinden berücksichtigende Entwicklung: Der sozioökonomische Wandel und die Veränderungen der Umwelt dürfen nicht auf Kosten des physischen und psychischen Wohlbefindens des Individuums gehen (MONET, 3b).

Beurteilungsbereiche

Die Ressourcenkomponente umfasst drei Beurteilungsbereiche: «generelle Zufriedenheit», «Bezugspersonen und ein Platz in einer Gemeinschaft» sowie «Life Domain Balance».

Die **Zufriedenheit (HK)** mit dem eigenen Leben im Allgemeinen sowie mit verschiedenen Lebensbereichen ist ein umfassendes Mass für die subjektive Lebensqualität der Bevölkerung.²³ Eine niedrige allgemeine Zufriedenheit geht mit einer höheren psychischen Belastung einher.²⁴

Ein wichtiger Faktor für die psychische Gesundheit spielt das soziale Umfeld, wie wohl man sich darin fühlt und ob man zumindest eine oder mehrere Bezugspersonen hat.²⁵

Einsamkeit geht oft einher mit der Beeinträchtigung der psychischen Gesundheit. Daher sind **Bezugspersonen und ein Platz in einer Gemeinschaft (HK/SK)** von grosser Bedeutung.

Mit **Life Domain Balance (HK)** ist die gesunde Balance von Erwerbsarbeit und ausserberuflichem Engagement beziehungsweise von Beruf und Familie gemeint. Die sich verändernden Lebens-, Arbeits- und Freizeitbedingungen haben entscheidenden Einfluss auf Gesundheit, Wohlbefinden und Leistungsvermögen (OECD 2013). Stressfaktoren in den verschiedenen Lebensbereichen wirken sich auf die Gesundheit aus. Die Art und Weise, wie eine Gesellschaft die Arbeit, die Arbeitsbedingungen und die Freizeit organisiert, sollte eine Quelle der Gesundheit und nicht der Krankheit sein (WHO 1986).

Beispiele für Indikatoren

- Zufriedenheit: allgemeine Lebenszufriedenheit, Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen, psychische Belastung und selbst wahrgenommener Gesundheitszustand (Befragung), Suizidrate
- Bezugspersonen und ein Platz in einer Gemeinschaft: Vereinsmitgliedschaften, familiäre Strukturen, Anzahl Personen mit Vertrauensperson
- Life Domain Balance: Massnahmen und Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf, Partnerschaft, Familie und ausserberuflichem Engagement (Krippen, Hortplätze, flexible Arbeitszeitmodelle, Home-Office, Nachbarschaftshilfe usw.), Aufteilung der Haus- und Familienarbeit in Partnerschaften

Literatur

- Bundesamt für Gesundheit BAG (2013): Gesundheit liegt uns am Herzen, Informationsflyer BAG, Bern
- Bundesamt für Gesundheit BAG (2013): Die gesundheitspolitischen Prioritäten des Bundesrates, Bern
- Bundesamt für Statistik BFS (2013): MONET. Prinzipien der Nachhaltigen Ent-

wicklung, Neuenburg, in: www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/02/ind9.approach.905.html [16.7.13]

- Hillmann, K.-H. (2007): Wörterbuch der Soziologie, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart
- Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (Hg.): AGENDA 21, Rio de Janeiro, Juni 1992, (speziell Kapitel 26), in: www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf [11.7.14]
- OECD (2013): How's Life, 2013: Measuring Well-being
- Schuler, D. & Burla, L. (2012): Psychische Gesundheit in der Schweiz. Monitoring 2012 (Obsan Bericht 52). Schweizerisches Gesundheitsobservatorium, Neuenburg
- WHO (1986): Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung; auf: www.euro.who.int/de/publications/policy-documents/ottawa-charter-for-health-promotion,-1986 [11.7.14]

Ressourcenkomponente 7.2: körperliche Gesundheit

Beschreibung

Die Ressourcenkomponente bezieht sich auf die körperlichen Aspekte der Gesundheit und wird als Zustand des vollständigen körperlichen Wohlergehens und nicht nur als ein Fehlen von Krankheiten oder Gebrechen definiert (WHO o.J.).

Prinzip

Der «Besitz des bestmöglichen Gesundheitszustandes» bildet ein Grundrecht jedes menschlichen Wesens, ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Anschauung und der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung.²⁶ «Die Gesundheit des Menschen soll geschützt und gefördert werden» (MONET, 2b). Der sozioökonomische Wandel und die Veränderungen der Umwelt dürfen demnach nicht auf Kosten des physischen (und psychischen) Wohlbefindens des Individuums gehen. Unfallrisiken und sonstige gesundheitsschädigende Umwelteinflüsse sind zu minimieren, und Krankheitsrisiken ist durch Präventionsmassnahmen vorzubeugen.

Beurteilungsbereiche

Die Ressourcenkomponente umfasst vier Beurteilungsbereiche: «Gesundheitsangebot und Gesundheitsleistungen», «Gesundheitszustand der Bevölkerung», «Gesundheitsrisiken/-gefährdung» und «Gesundheitsförderung und Prävention».

Zum Bereich **Gesundheitsangebot und Gesundheitsleistungen (SK)** zählen alle Dienstleistungen (Behandlung, Rehabilitation und Pflege), die einer Person zugänglich sind. Dabei ist der Aspekt des niederschweligen Zugangs essenziell. Das Gesundheitsangebot hat einen wesentlichen Einfluss auf den Gesundheitszustand eines Individuums und somit der gesamten Bevölkerung.

Mit **Gesundheitsrisiken / -gefährdungen (HK)** sind nicht nur die physikalischen, chemischen und biologischen externen Faktoren (wie z. B. Lärm, Strahlung, Luftverschmutzung, Naturkatastrophen usw.) gemeint, welche die Gesundheit (auch nachfolgender Generationen) beeinträchtigen (WHO o.J.). Mangelnde körperliche Betätigung,

23 Bundesamt für Statistik: Lebensbedingungen – Lebenszufriedenheit: www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/20/03/blank/key/09/01.html [11.7.14]

24 Bundesamt für Gesundheit – Psychische Gesundheit: www.bag.admin.ch/themen/gesundheitspolitik/14149/14150/14153/index.html?lang=de [11.7.14]

25 ebenda

26 WHO (1946): Verfassung, New York

eine unausgewogene Ernährung (zu viel Salz, Zucker und Fett) sowie Alkohol-, Tabak- oder Drogenkonsum sind ebenfalls wichtige Risikofaktoren für nicht übertragbare Krankheiten. Die Minimierung dieser Risiken haben zum Ziel, akute oder chronische Gesundheitsgefährdungen zu vermeiden.

Der Bereich **Gesundheitsförderung und Prävention (HK)** beinhaltet Prozesse und Programme, welche allen Menschen ein höheres Mass an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit befähigt (WHO o.J.). Auf einer Seite soll die Bevölkerung sensibilisiert, informiert und motiviert werden, sich gesundheitsförderlich zu verhalten. Auf der anderen Seite gilt es, für die Gesundheit günstige Lebensbedingungen zu schaffen, und zwar in erster Linie durch politische Massnahmen in jenen Bereichen, die für die Gesundheit relevant sind (Bildung, soziale Sicherheit, Arbeit, Umweltschutz, Verkehr, Wohnungswesen usw.).

Der **Gesundheitszustand (HK)** beeinflusst in hohem Masse die Lebensqualität der Menschen und ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Der körperliche Gesundheitszustand ist abhängig vom sozialen und wirtschaftlichen Umfeld, den Umwelteinflüssen sowie der individuellen Konstitution und Kompetenzen (WHO o.J.).

Beispiele für Indikatoren

- Gesundheitsangebot und Gesundheitsleistungen: genutzte Angebote im Gesundheitsbereich, Vielfalt der Angebote, Gesundheitsausgaben
- Gesundheitsrisiken/-gefährdung: Anzahl Strassenunfälle, Lärmimmissionen, Luftschadstoffimmissionen, Störfallrisiken, Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum, körperliche Betätigung, Ernährungsweise, Körpermasseindex (BMI), soziale Prekarität
- Gesundheitsförderung und Prävention: Massnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention (wie z. B. sportliche Betätigungsmöglichkeiten, Infrastruktur für Langsamverkehr, Anzahl Bewegungsräume, Sensibilisierung für gesunde Ernährung), eingesetzte Geldbeträge für Prävention
- Gesundheitszustand der verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Lebenserwartung in guter Gesundheit, Kindersterblichkeit, Krankheitsvorkommen (übertragbare und nicht übertragbare Krankheiten), wahrgenommener Gesundheitszustand/körperliche Beschwerden, Gesundheitskompetenzen

Literatur

- Bundesamt für Gesundheit (BAG) (o.J): Monitoring-System Ernährung und Bewegung (MOSEB); auf: www.bag.admin.ch/themen/ernaehrung_bewegung/05190/index.html?lang=de [11.7.14]
- Bundesamt für Statistik et. al. (Hg.) (2013): MONET Nachhaltige Entwicklung messen. Indikatorensystem zur Nachhaltigen Entwicklung (Stand: Oktober 2013), Neuenburg
- Meyer, K. (Hg.) (2009): Gesundheit in der Schweiz – Nationaler Gesundheitsbericht. Buchreihe des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums, Bern
- Schweiz. Bundesrat (Hg.) (2012): Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012–2015, Bern
- Schweiz. Bundesrat (2009): Botschaft zum Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung (PrävG), Bern
- Stocker, E., Streckeisen, U., Wolter, S.C. (1998): Indikatoren zum Humankapital der Schweiz. Neuenburg: Bundesamt für Statistik
- Sucht Schweiz, Sucht Monitoring Schweiz, www.suchtmonitoring.ch/de.html [11.7.14]
- Weiss, W. (Hg.) (1993): Gesundheit in der Schweiz, Seismo Verlag, Zürich
- WHO (o.J.): Diverse Internet-Seite auf www.who.int [am 11.7.14]
- WHO (1986): Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung; auf: www.euro.who.int/de/publications/policy-documents/ottawa-charter-for-health-promotion,-1986 [11.7.14]

Beschreibung

Die menschliche Sicherheit (Begriff der UNO: human security) ist ein menschenzentrierter Begriff. Er beinhaltet die unterschiedlichen Bedrohungen, welche eine Person in ihrer Existenz, ihrer Würde und ihrer Lebensgrundlage beeinträchtigen können. Es geht dabei darum, alle Formen von Gewalt (inkl. Gewaltandrohung) zu bekämpfen und die menschlichen Grundbedürfnisse sowie die Menschenrechte für alle zu garantieren. Sicherheitsgefühl und persönliche Freiheit tragen dazu bei, dass sich eine Person entfalten und sich frei von existenziellen Ängsten in die Gesellschaft einbringen kann. Die Massnahmen, welche zur Garantie der Sicherheit getroffen werden, können im Widerspruch zur persönlichen Freiheit stehen.

Prinzip

Der Mensch hat das Recht, in Freiheit und Würde zu leben, frei von Armut und Verzweiflung. Alle Menschen, insbesondere gefährdete Menschen, haben einen Anspruch auf ein Leben ohne existenzielle Ängste und Not, und ihre Rechte sollen ihnen allen gleichermassen zustehen, so dass die Entfaltung ihres vollen menschlichen Potentials möglich ist (nach: UNO 2005). Die physische und soziale Sicherheit gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen und ist zu schützen (BV Art. 41). Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit (BV Art. 10.2).

Beurteilungsbereiche

Die Ressourcenkomponente umfasst zwei Beurteilungsbereiche:

Die **persönliche Freiheit (HK)** ist eine wichtige Komponente, welche zum Wohlbefinden beiträgt. Die sogenannte Kontrollüberzeugung, das Gefühl sein Leben selber gestalten und sich so entwickeln zu können, wie es der eigenen Begabung und Persönlichkeit entspricht, trägt wesentlich zur psychischen Gesundheit bei.

Das **Sicherheitsgefühl (HK)** der einzelnen Personen widerspiegelt die wahrgenommene Garantie der körperlichen und psychischen Unversehrtheit sowie die Sicherheit vor externen Einflüssen, welche Leib und Leben bedrohen.

Beispiele für Indikatoren

- Persönliche Freiheit: Befragung zu Kontrollüberzeugung, Anzahl von Amnesty International monierte Fälle, Anrufungen des Europäischen Gerichtshofs, Regulierungsgrad des öffentlichen Lebens(-raumes)
- Sicherheitsgefühl: Befragung zum Sicherheitsgefühl, Gewaltdelikte, Viktimisierung, Unfälle, Investitionen in Sicherheitsmassnahmen (privat/öffentlich), Gerichts- und Strafpraxis

Literatur

- Schweiz. Bundesrat (Hg.) (2012): Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012–2015, Bern
- Bühlmann, F. und Schmid Botkine, C. (Hg.) (2012): Sozialbericht 2012, Seismo Verlag, Zürich
- Bundesamt für Statistik et. al. (Hg.) (2013): MONET Nachhaltige Entwicklung messen. Indikatorensystem zur Nachhaltigen Entwicklung (Stand: Oktober 2013), Neuenburg
- UNO (o.J.): Human Rights Declaration
- UNO (2005): Resolution adopted by the General Assembly, 60/1. 2005 World Summit Outcome United National Trust Fund for Human Security: www.unocha.org/humansecurity/ [11.7.14]

6. Projektgouvernanz-Kriterien

Es stellt sich bei einem einer NHB unterzogenen Projekt nicht nur die Frage, wie die Wirkung dieses Projekts auf den Kapitalstock einer bestimmten Region in einer bestimmten Zeitspanne ist. Für die nachhaltige Entwicklung ist es ebenso wichtig, dass das Projekt an sich «gut» (durch)geführt wird, insbesondere wenn es langfristige und beabsichtigte Wirkungen haben soll. Diese sogenannte Projektgouvernanz²⁷ beinhaltet jenen Koordinationsmechanismus unter den beteiligten Akteuren, der die Interaktion zwischen den unterschiedlichen Ressourcen sowie deren Nutzung reguliert.

Projektgouvernanz kann aber selber auch als Ressource betrachtet werden und wird daher in der Praxis öfters als Bestandteil des Sozialkapitals definiert (ARE 2012b). Insbesondere die institutionelle Gouvernanz ist ein Teil des Human- und Sozialkapitals, das per se aufgebaut oder genutzt werden kann. Dennoch entschied sich die Arbeitsgruppe «Soziale Aspekte» dafür, die Projektgouvernanz auszulagern, da sie sich auf die Durchführung des Projektes und die Regulierung künftiger Nutzungs(rechts)konflikte bezieht.

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass eine gelungene Projektgouvernanz beim Ressourcenansatz Einfluss auf folgende Aspekte hat:²⁸

- Analysemodalitäten und Überwachung der Bestände der vom Projekt betroffenen Ressourcen
- Akzeptanz der Regulierungen der Ressourcennutzung
- Auswirkung auf die Kompetenzen der Ressourcennutzer und -bewirtschafter
- Lokale/regionale Regulierungsmechanismen, die den Fortbestand, die einfache Zugänglichkeit, die gute Qualität sowie die angemessene Nutzung der Ressource gewährleisten.

Für die Projektgouvernanz wurden ebenfalls die wichtigsten Beurteilungsbereiche eruiert. Dabei wurde der Fokus auf diejenigen Themen gelegt, welche einen Beitrag zur Nachhaltigkeit eines Projekts leisten. Allgemeine Qualitätskriterien des Projektmanagements wurden nicht berücksichtigt. Die Kriterien sind nach den verschiedenen Projektphasen gegliedert, die ein Projekt durchlaufen kann. Die Gliederung der Projektphasen basiert zum einen auf den Merkblättern zur NHB (ARE 2010) und zum anderen auf den gängigen Projektphasen im Projektmanagement (Kuster et al. 2006) sowie auf den Projekterfahrungen der Arbeitsgruppe. Die Projektphasen sind folgendermassen definiert:

- Vorbereitung und Gesamtprojekt: Initiierung und Organisationsstruktur des Projektes
- Analyse: Darstellung der IST-Situation
- Bewertung: Definition des SOLL-Zustands und Vergleich mit IST-Zustand, Entscheidung über konkrete Projektziele
- Planung: Planung der konkreten Umsetzung und des Betriebs
- Langfristige Umsetzung und Betrieb: Durchführung des Projektes und Betrieb (inkl. Regulierungsmöglichkeiten künftiger Nutzungsrivalitäten)
- Prozessevaluation: Beurteilung des Projektverlaufs und der Ergebnisse des Projektes

Diese Projektphasen erfolgen meistens nicht in einem zeitlich linearen Ablauf, sondern können sich überlappen oder mehrmals durchlaufen werden.

Die Kriterien werden ausserdem nach zentralen Aspekten der Projektgouvernanz gegliedert. Diese Themen haben sich in verschiedenen Publikationen²⁹ zu nachhaltigen Prozessen herauskristallisiert:

- Allgemeines und Organisation
- Partizipation
- Kommunikation
- (Projekt-)Ressourcen
- weitere Aspekte der Qualitätssicherung

Die Beurteilungsbereiche sind als Fragen formuliert, die sich die Projektverantwortlichen für die verschiedenen Phasen eines Projektes stellen sollten. Dementsprechend hat diese Matrix den Charakter einer Checkliste mit möglichen relevanten Fragen zur Projektgouvernanz (siehe Anhang 2). Es geht nicht darum, in jedem Projekt alle Fragen abzuarbeiten.

- 27 Definition von Gouvernanz gemäss OECD (bzw. «Governance», im Deutschen hat sich der Begriff noch nicht durchgesetzt, im Duden ist er z. B. nicht aufgeführt): «Procedures and processes according to which an organisation is directed and controlled. The corporate governance structure specifies the distribution of rights and responsibilities among the different participants in the organisation (...) and lays down the rules and procedures for decision-making» (Quelle: <http://stats.oecd.org/glossary/detail.asp?ID=6778> [11.7.14]).
- 28 Angepasst gemäss Kriterien von Ostrom (1990)
- 29 Vgl. Bundesamt für Raumentwicklung ARE (2005); Bundesamt für Energie BFE und Bundesamt für Raumentwicklung ARE (2011); Trägerverein Energiestadt (2011); Ostrom (1990); Knoepfel (2013)

7. Perspektiven

Der vorliegende Bericht ist das Resultat einer ersten Vertiefung der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit, die auf der Bestimmung und Entwicklung der Ressourcen des Human- und Sozialkapitals beruht. Bis heute ist die soziale Dimension der Nachhaltigkeitsbeurteilungsinstrumente weit weniger konsolidiert und modelliert als die Umweltdimension, die unter anderem auf 30 Jahre Erfahrung in der Umweltverträglichkeitsprüfung zurückgreifen kann.

Diese neu erarbeiteten Grundlagen sollen künftig bei der Neu- und Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitsbeurteilungsinstrumenten als Orientierungshilfe dienen und diese ergänzen, anpassen oder neu strukturieren.

8. Literatur

A

Acemoglu, D. und Robinson, J. A. (2012): Why nations fail, Crown Business, N.Y.

Amt für Umweltkoordination und Energie (AUE) des Kantons Bern (Hg.): Berner Nachhaltigkeitskompass, Version 2008, einsehbar auf: www.be.ch./kompass/ [11.7.14]

B

Beinhocker, E.D. (2006): The Origin of Wealth, Harvard Business Press, Boston

Berger, P.L. und Berger B. (1978): Wir und die Gesellschaft, Eine Einführung in die Soziologieentwicklung an der Alltagserfahrung, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg

Berger, P.L. und Luckmann, T. (2007): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Fischer, Frankfurt am Main

Bernsdorf, W. (Hg.) (1977): Wörterbuch der Soziologie, Fischer, Frankfurt am Main

Birri, R. (2011): Human Capital Management, Gabler Verlag, Springer Fachmedien, Wiesbaden

Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen, Soziale Welt Sonderband 2, S. 183–198

Brunner, A., Kägi, E., Renner, E. (2010): Das Kapitalstockmodell als Basiskonzept für eine nachhaltige Entwicklung, Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung, Nr. 16, Winterthur auf: www.ine.zhaw.ch/de/engineering/institute-zentren/ine/publikationen.html [8.7.14]

Bühlmann, F. und Schmid Botkine, C. (Hg.) (2012): Sozialbericht 2012, Seismo Verlag, Zürich

Bundesamt für Bildung und Technologie BBT (2012): Start ins Berufsleben, Bericht des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie BBT, Bern

Bundesamt für Energie BFE, Bundesamt für Raumentwicklung ARE (2011): Nachhaltige Quartiere. Herausforderungen und Chancen für die urbane Entwicklung, Bern

Bundesamt für Gesundheit BAG (2013): Die gesundheitspolitischen Prioritäten des Bundesrates, Bern

Bundesamt für Gesundheit BAG (2013): Gesundheit liegt uns am Herzen, Informationsflyer BAG, Bern

Bundesamt für Gesundheit BAG (o.J.): Monitoring-System Ernährung und Bewegung (MOSEB); auf: www.bag.admin.ch/themen/ernaehrung_bewegung/05190/index.html?lang=de [11.7.14]

Bundesamt für Raumentwicklung ARE (o.J.): Nachhaltigkeitsindikatoren für Kantone und Gemeinden: Cercle Indicateurs, Bern; auf www.are.admin.ch/themen/nachhaltig/00268/00552/index.html?lang=de [11.7.14]

Bundesamt für Raumentwicklung ARE (2005): Qualitätskriterien für Nachhaltigkeitsprozesse, Bern

Bundesamt für Raumentwicklung ARE (2007): Nachhaltigkeitsbeurteilung von Projekten auf der Ebene der Kantone und Gemeinden – Ein Leitfaden, Bern

Bundesamt für Raumentwicklung ARE (2010): Nachhaltigkeitsbeurteilung von Projekten auf der Ebene der Kantone und Gemeinden – Merkblätter Bundesamt für Raumentwicklung

ARE (Hg.) (2011): Übersicht zu den Strukturen und Kriterien für die soziale Dimension der Nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz, unveröffentlichtes Arbeitspapier, Bern

Bundesamt für Raumentwicklung ARE (2012a): Nachhaltigkeitsbeurteilung von Projekten in Kantonen und Gemeinden: Stand 2011 und Ausblick, Bern

Bundesamt für Raumentwicklung ARE (Hg.) (2012b): Protokoll zur Untersuchung der Arbeitsgruppe zu sozialen Kriterien und Vorschlag für eine Ressourcentabelle, unveröffentlichtes Arbeitspapier vom 6.11.12, Bern

Bundesamt für Statistik (2012): Bericht über die Nachhaltige Entwicklung 2012, Neuenburg

Bundesamt für Statistik et. al. (Hg.) (2013): MONET Nachhaltige Entwicklung messen. Indikatorensystem zur Nachhaltigen Entwicklung (Stand: Oktober 2013), Neuenburg

Bundesamt für Statistik (2013): MONET. Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung, Neuenburg; aus: www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/02/ind9.approach.905.html [11.7.14]

C

- Chan, J., To, H., Chan, E. (2006):** Reconsidering Social Cohesion: Developing a Definition and Analytical Framework for Empirical Research, *Social Indicators Research*, Vol. 75, No. 2, S. 273–302
- Coleman, J.S. (1988):** Social capital in creation of human capital, *in: American Journal of Sociology*, Jg. 94 (Supplement), S. 95–120

D

- Département des Infrastructures, État de Vaud (éd.) (2009):** SméO. Fil Rouge pour la Construction durable, Lausanne
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DWI (2011):** Socio-Economic Panel Study (SOEP), Survey Papers 2011, Berlin
- DEZA (o.J.):** Strategie der DEZA, Bern; aus: www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Strategie [11.7.14]
- Drilling, M. (2012):** Soziale Nachhaltigkeit in der Siedlungsentwicklung. *In: Raum & Umwelt* 3/12. Hg.: VLP-ASPAN, Baar; abgerufen am 25.03.14 unter www.vlp-aspan.ch/sites/default/files/ru_12_03_0.pdf [11.7.14]

E

- Ekins, P. (1992):** A four-capital model of wealth creation, *in: Real-Life Economics: Understanding Wealth Creation*, Ekins, P., Max-Neef M. (Hg.), Routledge, London, S. 147–155
- Ekins, P., Dresener, S., Dahlström, K. (2008):** The Four-Capital Method of Sustainable Development Evaluation, *European Environment* 18, S. 63–80
- Ellison, N., Steinfield, C., Lampe, C. (2007):** The Benefits of Facebook «Friends», *in: Journal of Computer-Mediated Communication*, 12,4

F

- Franzen, A. und Pointner, S. (2007):** Sozialkapital: Konzeptualisierungen und Messungen. *In: Axel Franzen und Markus Freitag (Hg.): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47, VS Verlag, Wiesbaden, S. 66–90*

G

- Gerber J.-D., Knoepfel P., Nahrath S., Varone F. 2009:** Institutional Resource Regimes: Toward Sustainability through combining Property Rights Theory and Policy Analysis. *Ecological Economics* 68: 798–809, doi: 10.1016/j.ecolecon.2008.06.013
- Gerber, A. (2013):** Hin zu einer umfassenden Integrationspolitik der öffentlichen Hand, *Die Volkswirtschaft, Das Magazin für Wirtschaftspolitik* 7/8
- GHK (2002):** The Thematic Evaluation on the Contribution of the Structural Funds to Sustainable Development, Final Report to the European Commission, DG REGIO

H

- Hall, P. (1999):** Social Capital in Britain, *in: British Journal of Political Science*, 29
- Hillmann, K.-H. (2007):** Wörterbuch der Soziologie, Kröner, Stuttgart

I

- ILO (2013):** Global Employment Trends for Youth 2013, International Labour Office, Geneva

J

- Jonas F. (1966):** Die Institutionenlehre, Arnold Gehlens, Tübingen

K

- Knoepfel, P., Münster, M., Corbière-Nicollier, T., in Zusammenarbeit mit Lehmann, P. (2006):** WinWin22 – un outil de planification et d'évaluation de projets d'Agenda 21: bases conceptuelles et guide d'application, Working paper de l'IDHEAP 9/2006, IDHEAP, Chavannes-près-Renens
- Knoepfel, P. (2011):** Développement d'une typologie pour le système d'indicateurs servant au suivi des 44 tâches de la Confédération selon le projet de la Chancellerie fédérale de 2010 (nicht publiziert)
- Knoepfel P., Imesch J., Bonnefond M., Larrue C. (2011):** Conceptual framework for studies on local regulatory arrangements (LRA) for selected (new) activities in rural areas, Working paper 2/2011. IDHEAP, Chavannes-près-Renens

Knoepfel, P. (2013): Les principes régissant l'EDD dans le domaine de la gouvernance du projet examiné, Präsentation am Treffen der Erfahrungsaustauschgruppe des ARE (nicht publiziert)

Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (Hg.): AGENDA 21, Rio de Janeiro, Juni 1992, (speziell Kapitel 26), *in: www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf* [11.7.14]

Kuster, J. et al. (2006): Handbuch Projektmanagement, Springer Verlag, Berlin

L

Lampart, D. und Gallusser, D. (2012): SGB-Verteilungsbericht 2012. Eine Analyse der Lohn-, Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz, Schweiz. Gewerkschaftsbund Dossier Nr. 86, Bern

Lin, N. (1999): Building a Network Theory of Social Capital, *in: Connections*, 22(1), 28–51

Lockwood, D. (1999): Civic Integration and Social Cohesion, *in: Gough and Olofsson (Hg.), Capitalism and Social Cohesion*, Macmillian Press LTD, London

M

Meyer, K. (Hg.) (2009): Gesundheit in der Schweiz – Nationaler Gesundheitsbericht, Bern.

Moe, T. (2007): The Norwegian Model of Sustainable Development. A Policy Oriented Capital Framework for Measurement and Policies, Norwegian Ministry of Finance

N

North, D. (1992): Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Mohr Siebeck, Tübingen

O

OECD (o.J.): Glossary of Statistical Terms, <http://stats.oecd.org/glossary/> [8.7.14]

OECD (2001): The well-being of nations: the role of human and social capital, Centre for educational research and innovation, OECD, Paris

OECD (2013): How's Life, 2013: Measuring Well-being

Ostrom, E. (1990): Governing The Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action, Cambridge

Ott, K. und Döring, R. (2004): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit, Metropolis, Marburg

Programm Projets Urbains (Hg.)

(2011a): Soziale Mischung und Quartierentwicklung: Anspruch versus Machbarkeit, Bern

P

Programm Projets Urbains (Hg.)

(2011b): Soziale Mischung und Quartierentwicklung: 5 Fragen – 5 Antworten, Bern

Programm Projets urbains (Hg.)

(2013): Quartiere im Brennpunkt: gemeinsam entwickeln, vielfältig gestalten, Bern

Putnam, R. (2000): Bowling alone: the collapse and revival of American community, Simon and Schuster, New York

Putnam, R. (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

S

Schuler, D. & Burla, L. (2012):

Psychische Gesundheit in der Schweiz. Monitoring 2012 (Obsan Bericht 52). Schweizerisches Gesundheitsobservatorium, Neuenburg

Schweiz. Bundesrat (2009): Botschaft zum Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung (PrävG), Bern

Schweiz. Bundesrat (Hg.) (2012a): Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012–2015, Bern

Schweiz. Bundesrat (2012b): Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016, Bern

Schweiz. Bundesrat (2012c): Botschaft über die Legislaturplanung 2011–2015, Bern

Schweiz. Bundesrat (2012d): Wachstumspolitik 2012–2015, Bericht des Bundesrates, Bern

Schweiz. Konferenz für Sozialhilfe

SKOS (2005): Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe, Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, 4. überarbeitete Ausgabe, Bern

Schweiz. Konferenz für Sozialhilfe

SKOS (2013): Armut und Armuts-grenze, Bern

- Sen, A. (1999):** Development as Freedom, Oxford University Press
- Serageldin, I. und Steer, A. (1994):** Making Development Sustainable: From Concept to Action, Environmentally Sustainable Development Occasional Paper Series No. 2, The World Bank, Washington D.C.
- Serageldin, I. und Grootaert, C (2000):** Defining Social Capital: An Integrating View, in: Dasgupta, P. and Serageldin, I. (Hg.) (2000): Social Capital, The World Bank, Washington, D.C.
- SIA (Hg.) (2011):** Baukultur. Eine kulturpolitische Herausforderung. Manifest des Runden Tisches Baukultur Schweiz, Schweiz. Ingenieur- und Architektenverein, Zürich, sia-Positionspapier 1105
- SR 101:** Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand am 3. März 2013), aus: www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/ [11.7.14]
- Stadt Zürich (o.J.):** Homepage des Sozialdepartements: www.stadt-zuerich.ch/content/sd/de/index/ueber_das_departement/strategie/arbeitsintegration.html [11.10.13]
- Stocker, E., Streckeisen, U., Wolter, S.C. (1998):** Indikatoren zum Humankapital der Schweiz, Bundesamt für Statistik, Neuenburg
- Sucht Schweiz:** Sucht Monitoring Schweiz, www.suchtmonitoring.ch/de.html [28.05.14]
- Suter, C. et al. (Hg.) (2000):** Sozialbericht 2000, Seismo Verlag, Zürich

T

- Throsby, D. (1999):** Cultural Capital, Journal of Cultural Economics 23: 3–12
- Trägerverein Energiestadt (2011):** Das Label Energiestadt: Eine Einführung, Liestal

U

- UNECE (2009):** Measuring Sustainable Development, United Nations, New York and Geneva
- UNESCO (1983):** Weltkonferenz über Kulturpolitik. Schlussbericht der von der UNESCO 1982 in Mexiko-Stadt veranstalteten internationalen Konferenz. Hrsg. von der Deutschen UNESCO-Kommission, K. G. Saur, München, UNESCO-Konferenzberichte Nr. 5

- UNESCO (2007):** Freiburger Erklärung der kulturellen Rechte, Freiburg, auf: www.unifr.ch/iiedh/assets/files/fr-declaration10.pdf [11.7.14]
- Unité de développement durable de l'Etat de Vaud (éd.) (2010):** BOUSSOLE21. Évaluation de la durabilité des projets sur Internet, Lausanne
- UNO (2005):** Resolution adopted by the General Assembly, 60/1, 2005 World Summit Outcome United National Trust Fund for Human Security; auf: www.unocha.org/humansecurity/ [11.7.14]

W

- Weiss, W. (Hg.) (1993):** Gesundheit in der Schweiz, Seismo Verlag, Zürich
- WHO (1946):** Verfassung, New York
- WHO (o.J.):** Diverse Internet-Seite auf www.who.int [11.7.14]
- WHO (1986):** Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung; auf: www.euro.who.int/de/publications/policy-documents/ottawa-charter-for-health-promotion,-1986 [11.7.14]
- Wilkinson, R. und Pickett, K. (2012):** Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Tolkemit, Hamburg
- World Bank (Hg.) (1997):** Expanding the Measure of Wealth: Indicators of Environmentally Sustainable Development, Washington D.C
- World Bank (Hg.) (2001):** Understanding and measuring social capital: a synthesis of findings and recommendations from the social capital initiative. Social Capital Initiative Working Paper No. 24, Washington
- World Bank (Hg.) (2013):** Worldwide Governance Index, auf: <http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.aspx#home> [11.7.14]
- World Commission on Environment and Development (WCED) (Hg.) (1987):** Our common future, Oxford University Press.

- MONET-Prinzipien und -Kriterien: Bundesamt für Statistik et. al. (Hg.) (2013): MONET Nachhaltige Entwicklung messen. Indikatorensystem zur Nachhaltigen Entwicklung (Stand: Oktober 2013), Neuenburg; sowie (2013): Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung, Neuenburg, aus: www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/02/ind9.approach.905.html [11.7.14]
- Cercle Indicateurs (Bestandsaufnahme für die Kantone und Städte): Bundesamt für Statistik (2011): Cercle Indicateurs – Erhebung 2011, Definitionen der Indikatoren für die Kantone und die Städte, Neuenburg und Bern
- Berner Nachhaltigkeitskompass (Projektbeurteilungsinstrument): AUE (2008): Berner Nachhaltigkeitskompass, Leitfaden
- Kompass21 (Projektbeurteilungsinstrument): Canton de Vaud, www.kompass21.ch [11.7.14]
- WinWin22 (Instrument zur Kosten-Nutzen-Analyse auf der Grundlage multipler Kapitalformen): Knoepfel, P., Münster, M., Corbière-Nicollier, T., in Zusammenarbeit mit Lehmann, P. (2006): WinWin22 – un outil de planification et d'évaluation de projets d'Agenda 21: bases conceptuelles et guide d'application, Working paper 9/2006, IDHEAP, Chavannes-près-Renens
- Kapitalstockmodell des Instituts für nachhaltige Entwicklung der ZHAW: Brunner, A., Kägi, E., Renner, E. (2010): Das Kapitalstockmodell als Basiskonzept für eine nachhaltige Entwicklung, Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung, Nr. 16, Wintertur auf: www.ine.zhaw.ch/de/engineering/institute-zentren/ine/publikationen.html [8.7.14]
- «Nachhaltige Quartiere»: ARE, BFE et al.: www.aren.admin.ch/nachhaltigequartiere [11.7.14]

Ressourcen	Ressourcenkomponenten	Beurteilungsbereiche	Indikatoren (Ideensammlung)
1. Institutionen	1.1 Informelle Institutionen	Werte und Normen	Eheschliessungen und -scheidungen Angebote für Benimmkursen Abstimmungsergebnisse Konfliktkultur Kompromissfähigkeit Mitgliedschaft in Kirchen Befragungen zu Werten, Normen und Einstellungen der Bevölkerung
		Vertrauen in informelle Institutionen	Nachbarschaftshilfe, Freiwilligenhilfe Befragung zu generalisiertem Vertrauen
	1.2 Formelle Institutionen	Politische (Demokratie-) Prozesse und Partizipation	Gesellschaftssystem und politisches System Anzahl Vernehmlassungen und Initiativen Wahlbeteiligung Anzahl Elternvereine
		Regulierungen	Staatsaufbau Gewaltentrennung Ausprägung und Funktion administrativer Einheiten
		Vertrauen in formelle Institutionen	Befragungen zum Vertrauen in bestimmte Institutionen Stimm- und Wahlbeteiligung Befragungen zur politischen Befindlichkeit
2. Kultur	2.1 Kulturelle Identität	Alltagskultur	Zugang der Bevölkerung zu Kultur- und Gemeinschaftszentren
		Traditionen und Bräuche	Anzahl lokale/öffentliche/traditionelle Feste und Umzüge
		Kulturelle Vielfalt	Anzahl übersetzter (regionaler und internationaler) literarischer Werke Regelmässiger Gebrauch einer zweiten Landessprache Anzahl Kulturvereine Vielfalt der kulturellen Angebote und Künstler
	2.2 Kunst und Kultur	Kulturförderung	Ausgaben für Kultur (Kulturförderung und/oder Kulturpflege) Aufgaben und Strategien für Baukultur/ Kunst am Bau Anteil Gebäude unter Denkmalschutz
		Kulturelle Bildung	Eigene kulturelle Tätigkeiten Teilnahme an kulturellen Aktivitäten
3. Soziale Kohäsion	3.1 Internationale Solidarität	Beitrag zur internationalen Solidarität	Gesprochene Beiträge an globale Hilfsaktionen/programme Zusammenarbeit und Kooperation in internationalen Netzwerken, Austausch-Plattformen für Projektträger Befragungen zu Kooperationsbereitschaft für Vorhaben der DEZA
	3.2 Innere Solidarität	Chancengleichheit	Personenstruktur (Geschlecht, Alter, Nationalität, usw.) in politischen Gremien und Schulniveaus Anteil Frauen in Kaderpositionen Lohnungleichheit, Ausmass der Bildungsvererbung, Bildungshomogenie

Ressourcen	Ressourcen-komponenten	Beurteilungsbereiche	Indikatoren (Ideensammlung)
3. Soziale Kohäsion	3.2 Innere Solidarität	Einkommens- und Vermögensverteilung	GINI-Koeffizient Höhe des Mindestlohnes Anteil working poor
		Soziale Unterstützung	Angebote wie Suppenküchen, Kultur-Legi, Sozialhilfe, Betreuung Nachbarschaftshilfe, organisierte und informelle Freiwilligenarbeit
	3.3 Soziale Integration	Integration von Bevölkerungsgruppen	Erwerb des Schweizer Bürgerrechts Beteiligung versch. Bevölkerungsgruppierungen an Planungsprozessen Sozialhilfequote
		Soziale Durchmischung	Durchmischung in Schulen/Bildungsinstitutionen, Vereinen, Parteien, Quartieren Anzahl ausländischer Vereinsmitglieder Akzeptanz der Durchmischung
	3.4 Soziale Interaktion	Zwischenmenschliche Beziehungen	Ausmass und Intensität sozialer Kontakte und sozialer Beziehungen Befragung über Vertrauen in Mitmenschen, Nachbarschaftshilfe
		Zusammenarbeit und Kooperation	Anzahl gemeinsame/kollektive Aktionen/Projekte Befragungen zu Kooperationsbereitschaft für Vorhaben, Austausch-Plattformen Zeitbörsen, Freiwilligenarbeit
Vereine, Verbände, Netzwerke, Plattformen		Anzahl lokale Verbände, Vereine usw. Netzwerke und deren Diversität an Mitgliedern	
4. Bevölkerung	4.1 Demografie	Bevölkerungsstruktur	Geburten- und Sterberate Anzahl Kinder pro Frau im gebärfähigem Alter Alterspyramidenform, Altersquotient, Jugendquotient Belastung des öffentlichen Haushalts durch soziale Einrichtungen
		Migration und Migrationsbilanz	Migrationsbilanz Emigration und Immigrationsraten Bevölkerungswachstumsrate
5. Bildung	5.1 Wissen und Kompetenzen	Bildungsstand	Anteil Hochschul/Berufslehrabschlüsse pro Jahrgang Verteilung der Bildungsabschlüsse, Lesefähigkeit, Fremdsprachenkompetenz
		Kompetenzen und Zugang zu digitalen Medien	Internetnutzung Zugang zum Internet Kurse für digitale Medien
		Umfassende Kompetenzen	Erhebungen zu Kompetenzen (Kompetenzportfolio) Lehrplan-Inhalte
		Lebenslanges Lernen	Weiterbildungstätigkeit Weiterbildungsangebot
6. Arbeit	6.1 Einbindung in den Wirtschaftsprozess	Beschäftigung	Arbeitslosenquote Beschäftigungsquote Unterbeschäftigung

Ressourcen	Ressourcen-komponenten	Beurteilungsbereiche	Indikatoren (Ideensammlung)
6. Arbeit	6.1 <i>Einbindung in den Wirtschaftsprozess</i>	Ökonomische Eigenständigkeit	Personen unter der Armutsgrenze Personen mit Sozialhilfe Dauer des Sozialhilfebezugs Anzahl working poor Personen mit materieller Entbehrung
		Berufliche Qualifikation	Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt Jugendarbeitslosigkeit Aus- und Weiterbildung
7. Gesundheit	7.1 Subjektives Wohlbefinden und psychische Gesundheit	Zufriedenheit	Lebenszufriedenheit Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen Psychische Belastung und selbst wahrgenommener Gesundheitszustand (Befragung), Suizidrate
		Bezugsperson und ein Platz in einer Gemeinschaft	Vereinsmitgliedschaften Familiäre Strukturen Anzahl Personen mit Vertrauensperson
		Life Domain Balance	Massnahmen und Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf, Partnerschaft Familie und ausserberuflichem Engagement Aufteilung der Haus- und Familienarbeit in Partnerschaften
	7.2 Körperliche Gesundheit	Gesundheitsangebot und Gesundheitsleistungen	Genutzte Angebote im Gesundheitsbereich Vielfalt der Angebote Gesundheitsausgaben
		Gesundheitsrisiken/-gefährdung	Anzahl Strassenunfälle Lärmimmissionen Luftschadstoffimmissionen Störfallrisiken, Alkohol-, Tabak-, Drogenkonsum Körperliche Betätigung, Ernährungsweise, Körpermasseindex (BMI), soziale Prekarität
Gesundheitsförderung und Prävention		Massnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention (wie z. B. sportliche Betätigungsmöglichkeiten, Infrastruktur für Langsamverkehr, Anzahl Bewegungsräume, Sensibilisierung für gesunde Ernährung) Eingesetzte Geldbeträge für Prävention	
7.3 Menschliche Sicherheit	Persönliche Freiheit	Gesundheitszustand der verschiedenen Bevölkerungsgruppen	Lebenserwartung in guter Gesundheit, Kindersterblichkeit, Krankheitsvorkommen (übertragbare und nicht übertragbare Krankheiten) Wahrgenommener Gesundheitszustand/ körperliche Beschwerden Gesundheitskompetenzen
		Sicherheitsgefühl	Befragung zu Kontrollüberzeugung Anzahl von Amnesty monierte Fälle Anrufungen des Europäischen Gerichtshofs Regulierungsgrad des öffentlichen Lebens(-raumes)
			Befragung zu Sicherheitsgefühl Gewaltdelikte, Viktimisierung, Unfälle Investitionen in Sicherheitsmassnahmen (privat/ öffentl.) Gerichts- und Strafpraxis

▼ Aspekte	▶ Phasen	Vorbereitung und Gesamtprojekt	Analyse
Allgemeines und Organisation		<p>Ist allen Beteiligten klar, warum dieser Prozess durchgeführt werden muss?</p> <p>Gibt es klare Zielsetzungen für den Prozess (schriftlich oder in den Köpfen aller Beteiligten)?</p> <p>Besitzt der Prozess eine klare Organisation und ein detailliertes Organigramm (inkl. Schnittstellen zur administrativen und politischen Gemeindestruktur)?</p>	<p>Wird die Vorgeschichte/ Rahmenbedingungen beachtet?</p> <p>Wird im Prozess eine ganzheitliche Bestandsaufnahme (inklusive angemessener Systemgrenzen) gemacht oder auf eine Bezug genommen?</p>
Partizipation		<p>Sind die politischen Behörden für den Prozess sensibilisiert, engagieren sie sich?</p> <p>Wird das Instrument/ der Prozess von multidisziplinären Teams durchgeführt?</p> <p>Arbeiten Akteure verschiedener Dienststellen und Abteilungen ohne administrative Hindernisse zusammen?</p>	<p>Welche Akteurgruppen werden als Datenquellen eingesetzt?</p> <p>Welcher Aufwand (Übersetzer, Sozialarbeiter, ...) kann getrieben werden, um auch schwer zugängliche Akteurgruppen einzubeziehen?</p>
Kommunikation		<p>Wird über Zielsetzungen, Ablauf, Inhalt und Ergebnisse des Prozesses umfassend und für alle Bevölkerungsgruppen leicht verständlich informiert?</p>	
(Projekt-) Ressourcen		<p>Wird das Projekt/ der Prozess von multidisziplinären Teams durchgeführt?</p> <p>Ist die Finanzierung über alle Phasen und Themen gesichert?</p> <p>Wird die Kraft von Visionären, Motivatoren und charismatischen Persönlichkeiten genutzt?</p>	<p>Wie ist die Datenverfügbarkeit? Gibt es Lücken?</p> <p>Müssen allenfalls neue Prozesse der Datengewinnung installiert werden (Umfragen, usw.)?</p> <p>Werden die Daten aus früheren Verfahren genutzt?</p>
Weitere Qualitäts-sicherungsaspekte		<p>Sind Instanzen für die QS vorgesehen?</p> <p>Sind Verständigungs- und Aushandlungsprozesse zur Bewältigung von Konflikten vorgesehen?</p>	<p>Wird auch in Szenarien gedacht?</p> <p>Gibt es Sensitivitätsüberlegungen?</p> <p>Stammen die Daten aus verlässlichen Quellen?</p>

Bewertung(smasst�be)	Planung	Langfristige Umsetzung	Prozess-Evaluation
<p>Werden bestehende Regulierungen und Strategien beachtet?</p> <p>Wird die Legal Compliance eingehalten?</p>	<p>Ist der Prozessablauf klar strukturiert und geplant?</p> <p>Wird eine Vision erarbeitet?</p> <p>Werden die Zielsetzungen des Prozesses politisch legitimiert?</p> <p>Werden sog. «Gelegenheitsfenster» genutzt?</p>	<p>Sind die Rollen, Zuständigkeiten und Aufgaben festgelegt sowie an Funktionen (und nicht nur an Personen) geknüpft?</p>	<p>Wird der Prozess systematisch evaluiert und das Verbesserungspotenzial festgehalten?</p>
<p>Welche Wertmassstäbe werden zu Grunde gelegt?</p> <p>Sind die Wertmassstäbe transparent und begründet?</p>	<p>Wird im Prozess die Partizipation (Mitbestimmung) der Bevölkerung geplant?</p> <p>Geht diese Mitbestimmung über das gesetzliche Minimum hinaus?</p>	<p>Werden die Akteurguppen auch in den Umsetzungsprozess eingebunden?</p> <p>Arbeiten die betroffenen öffentlichen und privaten Akteure zusammen?</p> <p>Wie wird die Zusammenarbeit langfristig (allenfalls über Institutionalisierung) sichergestellt?</p> <p>Sind die Rollen, Zuständigkeiten und Aufgaben bekannt und mit den weiteren Funktionen vereinbar, welche die einzelnen Akteure im Gemeinwesen erfüllen?</p> <p>Wird die politische Unterstützung durch die Prozess-/Projektleitung laufend aktiv gepflegt?</p>	<p>Wird das Resultat des Prozesses auf sichtbare Weise umgesetzt?</p>
<p>Wurden im Prozess Instrumente (Checklisten, Beurteilungsinstrumente, geleitete Partizipation,...) zur Förderung der nachhaltigen Denk- und Entscheidungsart eingesetzt?</p>	<p>Rechtfertigt der Nutzen/die Wirkung des Vorhabens die Kosten (finanziell / personell)?</p> <p>Werden externe Kosten berücksichtigt?</p> <p>Sind auch Ressourcen vorhanden für allfällige Anpassungen von verknüpften Prozessen?</p>	<p>Werden ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen für den Prozess und dessen Umsetzung zur Verfügung gestellt (inkl. Betriebskosten)?</p>	<p>Sind Instrumente und Ressourcen für die Evaluation etc. vorhanden?</p>
<p>Wird Subjektivität genügend austariert?</p> <p>Werden Verbesserungspotentiale und Zielkonflikte aufgezeigt und angegangen?</p>	<p>Sind der Prozess und die Ziele mit dem Vorgehen auf übergeordneten Planungsebenen kompatibel?</p> <p>Sind die Schnittstellen zu über- und nachgeordneten Prozessen definiert?</p> <p>Wird mit einer gewissen Offenheit und Flexibilität vorgegangen im Planungs- und Umsetzungsprozess?</p>	<p>Gibt es Regulierungsmechanismen, die den Fortbestand, den einfachen Zugang, die gute Qualität und eine angemessene Nutzung der Ressourcen gewährleisten?</p> <p>Werden Prozessschritte, in denen Erfahrungsaustausch stattfindet, einbebaut?</p>	<p>Wie wird das «Projektgedchtnis» sichergestellt?</p> <p>Werden Daten/Informationen aus dem Projekt für die Nachfolgenden aufbereitet/ archiviert?</p>

www.are.admin.ch/nachhaltigeentwicklung

